

15



—
**Jahresbericht
KdK 2015**
—

**Rapport annuel
CdC 2015**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen

Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht 2015 KdK

Rapport annuel CdC 2015

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Organisation.....	7
1.1 Plenarversammlung.....	7
1.2 Leitender Ausschuss	8
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	9
1.4 Sekretariat	9
2 Tätigkeit	11
2.1 Arbeitsschwerpunkte.....	11
2.1.1 Plenarversammlung.....	11
2.1.2 Leitender Ausschuss.....	16
2.1.3 Stellungnahmen.....	17
2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone	19
2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen.....	21
2.2 Weitere Themen	21
2.2.1 Allgemeines.....	21
2.2.2 Aussenpolitik.....	23
2.2.3 Innenpolitik.....	24
2.2.4 Mandate	27
3 Rechnung.....	29
Anhänge.....	59

Einleitung

Die Bilanz zum Jahr 2015 hat viele Facetten: Auf der einen Seite konnte sich die KdK in wichtigen innenpolitischen Fragen Gehör verschaffen – so bereinigten z. B. die Eidgenössischen Räte die Differenzen zur Dotation des Ressourcenausgleichs 2016–2019 auf der Basis einer politischen Verständigung der KdK. Damit hatten die Kantone einen Beitrag zur Klärung dieser Frage geleistet, die für die Solidarität und den Föderalismus in der Schweiz von zentraler Bedeutung ist.

Auch ist es uns gelungen, die Sicht der Kantonsregierungen bei verschiedenen Bundesgeschäften frühzeitig einzubringen, so dass unseren Anliegen auch Gehör geschenkt wurde, wie etwa bei der Revision der Vernehmlassungsverordnung oder der Legislaturplanung des Bundes (2015–2019).

Ende Jahr setzte die KdK zudem eine politische Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, Vorschläge zur Optimierung des Finanzausgleichssystems Bund – Kantone zu erarbeiten. Den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe hat Franz Marty übernommen, ehemaliger Finanzdirektor des Kantons Schwyz. In der Arbeitsgruppe sind je drei Regierungsmitglieder aus ressourcenstarken sowie aus ressourcenschwachen Kantonen vertreten.

Auf der anderen Seite sehen wir Handlungsbedarf im aussenpolitischen Bereich und zwar in Zusammenhang mit der Umsetzung von Art. 121a BV: Die Position der Kantonsregierungen fand bisher beim Bund kaum Gehör. Und anders als bei den Ende Jahr wieder aufgenommenen Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit der EU wurden die Kantone 2015 rund um die Konsultationsgespräche mit der EU kaum einbezogen.

Für die Kantone ist der Erhalt der bestehenden bilateralen Abkommen von übergeordneter strategischer Bedeutung. Wir haben deshalb stets betont, dass wir den Bundesrat in seinen Bemühungen unterstützen, mit der EU eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich des Freizügigkeitsabkommens zu finden. Ein mögliches Zulassungssystem muss so föderal wie möglich ausgestaltet sein. Der alleinige Fokus auf die Steuerung der Zuwanderung durch Höchstzahlen und Kontingente greift aus Sicht der Kantonsregierungen zu kurz.

Gemeinsam mit dem Bund haben wir deshalb auch eine Vereinbarung zur Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, die sogenannte Fachkräfteinitiative plus, verabschiedet. Ziel dieser Initiative ist es, einen Beitrag zu einer besseren Deckung der Arbeitsmarktnachfrage durch inländische Arbeitskräfte zu leisten. Der Fokus liegt dabei auf der Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen, auf der Einbindung von älteren Arbeitnehmenden, auf Massnahmen zur generellen Nachwuchssicherung sowie einer Erhöhung der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen.

Schliesslich haben wir uns entschieden, die kommunikativen Aktivitäten der KdK gezielt zu stärken. Um interessierte Kreise über die Arbeiten der KdK regelmässig und aktuell zu informieren, verschicken wir neu im Anschluss an die Plenarversammlungen jeweils einen Newsletter. Ziel ist es, den Standpunkt der Kantone in wichtigen Geschäften kurz und knapp darzulegen.

Wir nutzen diese Gelegenheit, um allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr für die Interessen der Kantone eingesetzt haben. Wir wünschen Ihnen auf den folgenden Seiten eine anregende und unterhaltsame Lektüre.



Staatsrat Jean-Michel Cina
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an den Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungspräsident Ernst Stocker
BE	Regierungspräsident Hans-Jürg Käser
LU	Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig
	Regierungsrat Paul Winiker
UR	Landammann Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Kurt Zibung
OW	Landammann Niklaus Bleiker
NW	Regierungsrat Othmar Filliger
GL	Regierungsrat Andrea Bettiga
	Regierungsrat Benjamin Mühlemann
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsrat Beat Vonlanthen
SO	Regierungsrätin Esther Gassler
BS	Regierungspräsident Guy Morin
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro
SH	Regierungsrat Reto Dubach
AR	Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl
	Regierungsrat Jürg Wernli
AI	Regierungsrat Martin Bürki
	Regierungsrat Daniel Fässler

SG	Regierungspräsident Benedikt Würth
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
	Regierungsrat Jon Domenic Parolini
AG	Regierungsrat Roland Brogli
TG	Regierungsrat Claudius Graf-Schelling
	Regierungspräsident Jakob Stark
TI	Staatsratspräsident Norman Gobbi
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Staatsrat Jean-Michel Cina
NE	Staatsrat Alain Ribaux
GE	Staatsratspräsident François Longchamp
JU	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Neun Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromane Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
VS / CGSO	Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident
BE	Regierungspräsident Hans-Jürg Käser, Vizepräsident
ZH	Regierungspräsident Ernst Stocker
SZ / ZRK	Regierungsrat Kurt Zibung
GL / ORK	Regierungsrat Andrea Bettiga
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
TI	Staatsratspräsident Norman Gobbi
GE / CGSO	Staatsratspräsident François Longchamp
SO / NWRK	Regierungsrätin Esther Gassler, seit 19.06.2015
JU / NWRK	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider, bis 19.06.2015

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die Konferenz der Kantonsregierungen verfügt diese über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 29 Personen tätig (21.3 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 22 Personen im Haus der Kantone in Bern, drei Mitarbeitende sind als Aussenstellen der KdK direkt in der Bundesverwaltung angesiedelt: in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie bei der Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel. Weitere vier Personen arbeiten an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn (Leiter Dienstleistungen, Stabsstellen Personal und Finanzen). Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat als auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2015

Geschäftsführung

- Sandra Maissen, Generalsekretärin
- Mariel Baumann, Persönliche Mitarbeiterin der Generalsekretärin

Personal

- Beatrice Müller, Leiterin

Finanzen

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäumler, Fachfrau Finanzen

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Daniel Arber, Bereichsleiter
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Loan Breuleux, Mitarbeiter Sekretariat KdK/HdK
- Daniel Bühler, Informatiker
- Manuela Furrer, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK
- Diego Javier Glauser, Mitarbeiter Sekretariat HdK/KdK
- Massimo Oberti, Übersetzer
- Praktikant/in Empfangssekretariat
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst
- Céline Randier, Übersetzerin
- Martin Rosenfeld, Projektleiter

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- Ursula Blumer, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPD
- Luca Gobbo, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Monika Tschumi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin der Informationsbeauftragten der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Beauftragte Kommunikation KdK, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Mariel Baumann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA
- Carmen Grand, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Nathalie Müller, Wissenschaftliche Praktikantin
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dienstjubiläen

Ursula Blumer, 15 Jahre

Réto Gasser, 10 Jahre

Nicole Gysin, 10 Jahre

02

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 20. März, 19. Juni, 25. September und 18. Dezember ordentliche Plenarversammlungen statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (Ziff. 2.1.3), befasste sich die Plenarversammlung 2015 mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Allgemeines

Umsetzung Art. 121a BV: Grundsätzliches

Wie bereits im Jahr zuvor befasste sich die Plenarversammlung der KdK an sämtlichen Sitzungen im Berichtsjahr mit den Folgen der Annahme der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ am 9. Februar 2014. Anlässlich der Plenarversammlung vom 20. März 2015 erläuterten Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Staatssekretär Mario Gattiker den Stand der Überlegungen des Bundes. Die Plenarversammlung stimmte zudem der geplanten Stossrichtung einer gemeinsamen Stellungnahme der Kantone zur Vernehmlassungsvorlage des Bundes zu. An der Plenarversammlung vom 19. Juni verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage des Bundesrates vom 11. Februar 2015 (Ziff. 2.1.3) und nahmen von den ersten Ergebnissen einer Untersuchung zur demographischen Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für die verschiedenen Wirtschaftsregionen Kenntnis. Am 25. September wurden die zuständigen Gremien der KdK beauftragt, die verschiedenen möglichen Optionen betreffend die weiteren Beziehungen zur EU im Lichte der neuen Verfassungsbestimmungen nochmals vertieft zu analysieren. Anlässlich der Plenarversammlung vom 18. Dezember haben schliesslich die anwesenden Vertreter der Kantonsregierungen eine grundsätzliche Diskussion geführt, aus welcher sich insbesondere ergab, dass für die Kantone der Erhalt der bestehenden bilateralen Abkommen das übergeordnete strategische Ziel ist, dass in Gesprächen mit der EU weiter nach einer Lösung gesucht werden soll und dass allfällige einseitige Lösungen zur

Umsetzung von Art. 121a BV auf keinen Fall die bestehende und zukünftige Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern der Schweiz gefährden dürfen.

Föderalismusmonitoring 2014

Seit 2005 erstellt die KdK im Auftrag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit jährlich ein Monitoring über die föderalismusrelevanten Entwicklungen. Im Berichtsjahr wurde das Kapitel über kantonale Gesetzgebungsprozesse deutlich ausgebaut, um darzulegen, dass die Kantone nicht nur Vollzugsorgane des Bundes sind, sondern oft auch aus eigenem Antrieb gestalterisch tätig werden und innovative Lösungen für aktuelle Herausforderungen finden. Die im Juni 2015 publizierte Erhebung widerspiegelte zudem einmal mehr die regen Rechtsetzungsaktivitäten des Bundes. Obwohl sich der bereits seit längerem festgestellte Zentralisierungstrend fortsetzte, wurde die Situation von den Kantonen im Grossen und Ganzen als stabil bewertet. Konkretes Verbesserungspotenzial orteten die Kantone bei der Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden: Diese sollen den Kantonen vermehrt Handlungsspielräume gewähren, unnötige bürokratische Regelungen und Kontrollen müssten noch konsequenter abgebaut werden.

Kommunikation KdK

Das KdK-Sekretariat startete im Berichtsjahr ein zweijähriges Pilotprojekt zur Stärkung der Kommunikation und richtete zu diesem Zweck eine Stabsstelle Kommunikation ein. Die Plenarversammlung verabschiedete am 19. Juni 2015 einen Massnahmenplan zur Umsetzung des KdK-Kommunikationskonzepts. Um interessierte Kreise über die Arbeiten der KdK zu informieren, wurde entschieden, künftig vierteljährlich, jeweils im Anschluss an die Plenarversammlungen, einen Newsletter zu verschicken. Thematisiert werden darin nicht nur KdK-Dossiers, sondern generell Geschäfte, die für die Kantone von grosser Bedeutung sind. Entsprechend enthält der Newsletter auch Beiträge von Direktorenkonferenzen. Ziel ist es, in wichtigen aktuellen Fragen den Standpunkt der Kantone kurz und knapp darzulegen. Im Berichtsjahr wurden zwei Newsletters verschickt: im September gab es einen Fokusbeitrag zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), die Dezember-Ausgabe enthielt u.a. einen Ausblick auf die Legislaturperiode 2015–2019.

Aussenpolitik

Institutionelle Fragen

Die Plenarversammlung der KdK wurde im Berichtsjahr insbesondere darüber orientiert, dass die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit der EU nach fast einjähriger Unterbrechung im November 2015 wieder aufgenommen werden konnten.

Stromverhandlungen

Im Berichtsjahr nahm die Plenarversammlung der KdK zur Kenntnis, dass Bemühungen, mit der EU eine Art Interimsabkommen zu schliessen, letztlich im Sande verlaufen sind. Weiter wurde die Plenarversammlung über den Stand der Diskussionen im Bereich der staatlichen Beihilfen informiert. Schliesslich nahm die Plenarversammlung zur Kenntnis, dass die Verhandlungen im Berichtsjahr faktisch zum Stillstand gekommen sind.

Menschenrechtsfragen

Auf der Grundlage der Vorarbeiten des KdK-Sekretariats hinsichtlich einer Verbesserung der Staatenberichtsverfahren im Bereich der Menschenrechte und den damit verbundenen Diskussionen des Leitenden Ausschusses, verabschiedete die Plenarversammlung am 20. März 2015 das diesbezüglich finalisierte Konzept der KdK. Gleichzeitig beschloss die Plenarversammlung, dem Bundesrat Unterstützung bei der Schaffung einer Koordinationsstelle im Bereich der Menschenrechte zu signalisieren – unter dem Vorbehalt, dass besagte Stelle für die Kantone zu einer Verbesserung der Abläufe bei der Erstellung der Staatenberichte führt.

Weiter befasste sich die Plenarversammlung im Berichtsjahr mit der Evaluation des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR). Nach dem Entscheid des Bundesrates vom 1. Juli 2015, das SKMR für eine Periode von maximal fünf Jahren weiterzuführen, verabschiedete die Plenarversammlung am 25. September eine Stellungnahme, in welcher diese Absicht grundsätzlich unterstützt wird (Ziff. 2.1.3).

Verhandlungsmandate für die Aushandlung von Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten

Die Plenarversammlung der KdK befasste sich im Berichtsjahr mit drei Verhandlungsmandaten des Bundesrats zur Aushandlung eines Freihandelsabkommens im Rahmen der EFTA. Am 20. März verabschiedete sie die Stellungnahme zu den Philippinen, am 19. Juni jene zu Georgien und am 25. September 2015 jene zu Ecuador jeweils mit Einstimmigkeit (Ziff. 2.1.3).

Innenpolitik

Revision des Ausländergesetzes

Seit der Annahme der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ am 9. Februar 2014 haben sich Bund und Kantone eingehend mit der Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a BV befasst, u.a. auch mit der Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs. Gestützt auf die Arbeiten der vom Bund eingesetzten Expertengruppe, in der die KdK ebenfalls vertreten war, sowie das vom Bundesrat am 20. Juni 2014 verabschiedete Umsetzungskonzept, bereitete das federführende Staatssekretariat für Migration den Entwurf für eine Revision des Ausländergesetzes (AuG) vor. Parallel dazu wurde die Umsetzung von Art. 121a BV wiederholt im Rahmen von Treffen zwischen politischen Delegationen des Bundesrates und der KdK diskutiert (Ziff. 2.1.4. – Europadialog).

Die ursprünglich auf Ende 2014 geplante Auslösung der Vernehmlassung verzögerte sich, weil der Bundesrat die Antwort der EU betreffend eine Revision des FZA in der Vernehmlassungsvorlage für die Umsetzung von Art. 121a BV berücksichtigen wollte. In der Folge konnte der Bundesrat am 11. Februar 2015 zwei Gesetzesentwürfe in die Vernehmlassung schicken: Mit der ersten Vorlage unterbreitete er eine Revision des AuG zur Umsetzung von Art. 121a BV bzw. zur Steuerung der Zuwanderung. Mit der zweiten Vorlage unterbreitete er im Sinne einer Zusatzbotschaft Ergänzungen der Gesetzesvorlage zur Änderung des AuG vom 8. März 2013 (Integration; 13.030).

An der Plenarversammlung vom 20. März hatten die Kantonsregierungen Gelegenheit, in Anwesenheit der EJPD-Vorsteherin und des Staatssekretärs für Migration eine erste politische Diskussion zur geplanten AuG-Revision zu führen. In der Folge wurde in Zusammenarbeit mit der von Regierungsrat Benedikt Würth präsidierten VDK-Arbeitsgruppe, in der auch die Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden (VKM) und der Verband Schweizerischer Arbeitsämter (VSAA) vertreten waren, eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone vorbereitet. Gestützt auf eine Konsultation der Kantonsregierungen sowie der betroffenen Direktorenkonferenzen konnte die Plenarversammlung vom 19. Juni die Stellungnahme bereinigen und verabschieden (Ziff. 2.1.3). Die Haltung der Kantone wurde direkt im Anschluss an die Plenarversammlung im Rahmen einer Medienkonferenz dargelegt.

Fachkräfteinitiative plus (FKI plus)

In der Politik herrscht Einigkeit, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial in der Schweiz besser mobilisiert werden muss. Bund und Kantone haben deshalb im Juni 2015 eine Vereinbarung (FKI plus) geschlossen und eine entsprechende Projektorganisation eingesetzt. Ziel ist es, einen Beitrag zu einer besseren Deckung der hiesigen Arbeitsmarktnachfrage durch inländische Arbeitskräfte zu leisten. Es soll zudem aufgezeigt werden, dass die kompetitive Schweizer Wirtschaft auch künftig – insbesondere bei einer guten Konjunkturlage – auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein wird. Im Vordergrund der FKI plus stehen Massnahmen in vier thematischen Schwerpunkten: (1) Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen, (2) Weiterführung der Erwerbstätigkeit von älteren Arbeitnehmenden, (3) generelle Arbeitsmarktmassnahmen zur Nachwuchssicherung und zum Personalerhalt, (4) Erhöhung der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen. Im Berichtsjahr wurden gemeinsam mit dem WBF-Vorsteher Bundesrat Johann Schneider-Ammann zwei regionale Anlässe durchgeführt

und konkrete Projekte und Initiativen vor Ort vorgestellt (am 22. Oktober im Kanton VD und am 26. November im Kanton SG).

Finanzausgleich Bund – Kantone: Festlegung der Grundbeiträge für die Periode 2016–2019

Am 20. März 2015 nahm die Plenarversammlung der KdK Kenntnis von der Differenz zwischen National- und Ständerat betreffend die Dotation des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019. Die Regierungsvertreterinnen und -vertreter der Kantone hielten es für wichtig, dass diese Differenz zwischen den beiden Räten ausgeräumt und die Möglichkeit geprüft wird, eine politische Verständigung zwischen den Kantonen vorzuschlagen, um die Blockade zu überwinden. Die Plenarversammlung der KdK lud daher ihren Präsidenten ein, die politische Begleitgruppe, die zur Erarbeitung eines Stellungnahmeentwurfs zum 2. NFA-Wirksamkeitsbericht eingesetzt worden war, einzuberufen, um eine politische Analyse zum Stand der parlamentarischen Beratung nach der Frühlingssession 2015 vorzunehmen und ein mögliches weiteres Vorgehen zuhanden der Kantonsregierungen zu diskutieren.

Gestützt auf die Arbeiten der politischen Begleitgruppe wurde den Kantonsregierungen auf dem Zirkularweg ein Entwurf für eine politische Verständigung zur Stellungnahme unterbreitet. Dieser politischen Lösung stimmten 19 Kantone zu, sechs Kantone lehnten sie ab und ein Kanton enthielt sich der Stimme.

In der Sommersession 2015 einigten sich die beiden Räte schliesslich auf den Betrag, um den die Dotation des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019 reduziert werden soll. Der vom Bund und den ressourcenstarken Kantonen zu bezahlende Betrag wird um 165 Millionen Franken verringert. Dies entspricht der politischen Verständigung, welche die Kantonsregierungen am 18. Mai 2015 verabschiedet haben.

Finanzausgleich Bund – Kantone: Politische Arbeitsgruppe der Kantone

Im Hinblick auf die Erarbeitung des 3. Wirksamkeitsberichts des Finanzausgleichs beschloss die Plenarversammlung der KdK am 25. September 2015, eine politische Arbeitsgruppe der Kantone einzusetzen. Diese hat den Auftrag, bis im Sommer 2016 Vorschläge für eine Verbesserung des Finanzausgleichssystems Bund – Kantone vorzubereiten. Den Vorsitz führt Franz Marty, ehemaliger Finanzdirektor des Kantons SZ und Spezialist in den Bereichen öffentliche Finanzen und Finanzausgleich. Drei Regierungsräte aus ressourcenstarken Kantonen (ZH, ZG und GE) und drei Regierungsräte aus ressourcenschwachen Kantonen (SG, GR und VS) sind in der Arbeitsgruppe vertreten.

Die politische Arbeitsgruppe soll die beiden Prüfaufträge der Kantonsregierungen gemäss der Stellungnahme vom 20. Juni 2014 zum 2. Wirksamkeitsbericht bzw. der politischen Verständigung vom 18. Mai 2015 analysieren. Darüber hinaus kann die politische Arbeitsgruppe der Kantone aber auch weitere, ausgewogene Lösungen zur Optimierung und Weiterentwicklung des Finanzausgleichssystems Bund – Kantone vorschlagen.

Die Plenarversammlung ist über den Stand der Arbeiten informiert. Die politische Arbeitsgruppe wird 2016 Empfehlungen vorstellen, die den Kantonsregierungen zur Vernehmlassung unterbreitet werden.

Weiterführung der E-Government Zusammenarbeit in der Schweiz ab 2016

Am 18. Dezember 2015 genehmigte die Plenarversammlung die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit 2016–2019 sowie die weiterentwickelte E-Government-Strategie Schweiz. Der Bundesrat hatte den Grundlagen bereits im November zugestimmt. Diese Grundlagen wurden in einem tripartiten Prozess erarbeitet. Zur fachlichen Begleitung wurde eine technische Arbeitsgruppe eingesetzt, in der neben Fachpersonen von Bund und Gemeinden auch vier vom Leitenden Ausschuss bezeichnete Kantonsvertreter mitwirkten. Darüber hinaus konnten sich die Kantonsregierungen im Rahmen eines Konsultationsverfahrens einbringen: Die Plenarversammlung vom 19. Juni verabschiedete eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone (Ziff. 2.1.3).

Durch die Entscheide des Bundesrats und der KdK kann die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich E-Government fortgesetzt werden. Die nationalen Anstrengungen fokussieren mit der weiterentwickelten E-Government-Strategie Schweiz neu auf wenige, strategisch bedeutsame Projekte und Aufgaben («Leistungen»). Bund und Kantone finanzieren diese Projekte und Aufgaben sowie neu auch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz paritätisch. Sie stellen dafür gemeinsam jährlich maximal 5 Mio. Franken zur Verfügung. Die Umsetzung der Strategie erfolgt über das neue Instrument des Schwerpunktplans. Zudem wurden organisatorische Anpassungen vorgenommen: Neben dem Steuerungsausschuss, der für strategische Entscheide verantwortlich ist, wird neu ein Planungsausschuss eingesetzt. Dieser ist aus E-Government-Fachleuten aller Staats-

ebenen zusammengesetzt und nimmt die operative Steuerung wahr. Die Mandatierung der kantonalen Delegationen im Steuerungs- und Planungsausschuss erfolgte durch die Plenarversammlung bzw. den Leitenden Ausschuss der KdK.

Legislaturplanung des Bundes 2015–2019

Die Kantonsregierungen wirken jeweils über die KdK an den Legislaturplanungen des Bundes mit. Der Einbezug der Kantone in die aktuelle Legislaturplanung 2015–2019 fand mit aktiver Unterstützung der Direktorenkonferenzen in zwei Phasen statt: Anfang Februar konnte der Leitende Ausschuss der KdK erste Vorstellungen zu prioritären Handlungsfeldern und Themen aus kantonaler Sicht einbringen. In einem zweiten Schritt nahmen die Kantonsregierungen Ende September zu den strategischen Vorgaben des Bundesrates (Leitlinien und Ziele) für die kommenden vier Jahre Stellung (Ziff. 2.1.3). Gestützt darauf wurde dem Bundesrat Anfang Oktober an einer Aussprache auf Regierungsebene die Erwartungen der Kantone zu prioritären (gesetzgeberischen) Stossrichtungen und Massnahmen dargelegt.

Revision des Vernehmlassungsrechts des Bundes

Die Revision des Vernehmlassungsgesetzes (VIG) wurde am 26. September 2014 von den Eidgenössischen Räten in der Schlussabstimmung verabschiedet. Die Forderungen der Kantone wurden dabei im Wesentlichen berücksichtigt. Die meisten der von der KdK-Delegation in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen vertretenen Forderungen wurden in den Entwurf der Vernehmlassungsverordnung (VIV) aufgenommen. Die kantonale Delegation hat darauf hingewiesen, dass die Vorlage für die Kantone von grosser politischer Bedeutung ist und der fertiggestellte Entwurf zum gegebenen Zeitpunkt den Kantonsregierungen zur Stellungnahme vorgelegt werden muss. Nach der Überarbeitung des Entwurfs übermittelte die Bundeskanzlei diesen zur Stellungnahme an die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Im Anschluss an den Austausch mit der Bundeskanzlerin gab diese den VIV-Revisionsentwurf in die Vernehmlassung. Am 25. September verabschiedete die Plenarversammlung der KdK die Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Entwurf (Ziff. 2.1.3). Die neuen Bestimmungen sollen am 1. April 2016 in Kraft treten. Aus Sicht der Kantonsregierungen bedingen diese eine Überarbeitung des Gesetzgebungsleitfadens des Bundesamtes für Justiz (BJ) und des Leitfadens der Bundeskanzlei zum Verfassen von Botschaften des Bundesrates (Botschaftsleitfaden). Weiter sind die für Rechtsetzungsprojekte in der Bundesverwaltung zuständigen Personen für die neuen Bestimmungen zu sensibilisieren.

Milchkuh-Initiative

Die Plenarversammlung der KdK vom 18. Dezember 2015 empfahl die Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (Milchkuh-Initiative) zur Ablehnung und beschloss, eine Behördeninformation aus kantonaler Sicht durchzuführen. Die Volksinitiative fordert, dass sämtliche Erträge aus der Mineralölsteuer für den Strassenverkehr verwendet werden. Aktuell ist die Hälfte der Erträge zweckgebunden für den Strassenverkehr reserviert. Die andere Hälfte fliesst in den allgemeinen Bundeshaushalt. Aus Sicht der Kantone gefährdet die Initiative durch die Belastung der Bundesfinanzen im Umfang von ca. 1,5 Milliarden CHF pro Jahr die Erfüllung grundlegender staatlicher Aufgaben. Bei Annahme der Initiative wäre mit Lastenabwälzungen auf die Kantone zu rechnen, weshalb sie voraussichtlich entweder ihre Leistungen massiv kürzen oder ihre Steuern erhöhen müssten. Zudem schadet die Initiative der koordinierten und bewährten Verkehrspolitik von Bund und Kantonen, indem sie eine Ungleichbehandlung zwischen den Benutzern der Strasse und des öffentlichen Verkehrs vorsieht.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 5./6. Februar (in Brüssel), 8. Mai, 28. August und 13. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit nachfolgenden Geschäften:

Allgemeines

Schwerpunktplanung KdK

Auf Anregung des Präsidenten der KdK wurde zum Zweck der Standortbestimmung und grundsätzlichen Positionierung der KdK am 19. Mai 2015 eine Klausur abgehalten. Konkret wurden folgende strategischen Ausrichtungen diskutiert: (1) Fokussieren, (2) Bekenntnis zur KdK festigen, (3) Wirkung erzielen. Betreffend Fokussierung hat das Sekretariat KdK eine Schwerpunktplanung erarbeitet, die jährlich überprüft und dem Leitenden Ausschuss der KdK vorgelegt werden soll. Eine Priorisierung der Geschäfte wurde mittels Kategorienzuteilung vorgenommen. Dabei wurde zwischen folgenden vier Kategorien unterschieden: Als A-Geschäfte werden künftige Themenschwerpunkte bezeichnet. Die KdK wird sich bei diesen Geschäften aktiv einbringen und eine gestaltende Rolle ausüben. B-Geschäfte haben eine Relevanz für die Kantone, bedingen jedoch keine gemeinsame Strategie. C-Geschäfte sind zwar relevant für die Kantone, erfordern aber keinen direkten Handlungsbedarf. Mit der letzten Kategorie, den sogenannten O-Geschäften, werden diejenigen Geschäfte bezeichnet, die im Rahmen der Schwerpunktplanung nicht (mehr) durch die KdK verfolgt werden sollen. Die erste Schwerpunktplanung wurde am 13. November vom Leitenden Ausschuss der KdK verabschiedet.

Um das Bekenntnis zur KdK zu festigen, wurde unter anderem vorgeschlagen, einen jährlichen Anlass für neugewählte Regierungsmitglieder zu organisieren. Der Anlass soll ein erstes Mal im Frühjahr 2016 durchgeführt werden. Das Thema „Wirkung erzielen“ ist bereits aufgegleist und wird im Rahmen des Kommunikationskonzepts umgesetzt.

Aussenpolitik

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost), welches unter anderem die Rechtsgrundlage für den Schweizer Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Erweiterungsbeitrag) stellt, läuft Ende Mai 2017 aus. Obwohl besagter Beitrag rechtlich gesehen eine freie Verpflichtung der Schweiz darstellt, bildet dieser de facto eine Bedingung für die Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt der EU mittels bilateraler Abkommen. Vor diesem Hintergrund eröffnete der Bundesrat am 17. Dezember 2014 die Vernehmlassung zur Weiterführung des BG Ost. Der Leitende Ausschuss der KdK befasste sich anlässlich seiner Sitzung vom 5. Februar 2015 mit dem Geschäft und entschied, die Beteiligung an der Vernehmlassung den Kantonen selbst zu überlassen.

Ratifikation des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung

Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung aus dem Jahre 1985 wurde von der Schweiz am 15. Dezember 2004 ratifiziert und trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Aufgrund einer im Jahre 2014 eingereichten Motion (Mo. 14.3674, Minder), welche eine Unterzeichnung des Zusatzprotokolls verlangt, eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) im Juni 2015 eine diesbezügliche Vernehmlassung. Der Bundesrat hatte zwar die Ablehnung der Motion beantragt, sich aber bereit erklärt, die Opportunität einer Unterzeichnung zu prüfen. Der Leitende Ausschuss der KdK befasste sich am 28. August 2015 mit dem Geschäft. Er entschied aufgrund föderaler Gründe sowie einer fehlenden aussenpolitischen Dringlichkeit auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme der Kantone zu verzichten.

Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone

Wenige Jahre nach der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde auf Bundesebene die Diskussion um die Aufgabenzuweisung neu angestossen. Die im Frühjahr 2015 angenommene Motion 13.3363 beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine vollständige Analyse aller „Verbundaufgaben“ mit Blick auf zweckmässige Entflechtungen zu unterbreiten.

Auch die Kantonsregierungen verlangen in ihrer Stellungnahme vom 20. Juni 2014 zum zweiten Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs, die Entwicklung der Aufgabenteilung aktiv zu verfolgen und im Verbund finanzierte Aufgaben weiter zu entflechten – eine Forderung, die sie im Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013 bekräftigen. Vor diesem Hintergrund hat die KdK das Projekt „Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone“ lanciert mit dem Ziel, eigene Vorstellungen zu möglichen Aufgabenneuverteilungen zu entwickeln, um diese dann später auf Bundesebene einzubringen. Dabei sind nicht nur die gemeinsam finanzierten Aufgaben von Interesse, sondern sämtliche Aufgaben, bei denen Handlungsbedarf hinsichtlich der Aufgabenteilung und/oder der Finanzierungsverantwortung besteht oder bei denen Potenzial für weitere Effizienzsteigerungen gesehen wird.

Bis zum Jahresende wurden gemeinsam mit den Sekretariaten der Direktorenkonferenzen in einem ersten Schritt alle relevanten Aufgaben zusammengetragen und analysiert. Konkret wurden dabei Arbeitsblätter zu über 30 Aufgabenbereichen erarbeitet, auf deren Grundlage die Arbeiten im Folgejahr fortgesetzt werden sollen.

Rechtsschutz in föderalen Streitigkeiten

Der von der Plenarversammlung der KdK im Juni 2014 verabschiedete erste mehrjährige Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013 kommt unter anderem zum Schluss, dass sich der Föderalismus in seiner Substanz nur erhalten lässt, wenn die Einhaltung der bundesstaatlichen föderalistischen Grundsätze auch justiziabel ist. Im Berichtsjahr beschloss der Leitende Ausschuss der KdK deshalb ein Gutachten einzuholen, in welchem aufgezeigt werden soll, wie der Rechtsschutz in föderalen Streitigkeiten gestärkt werden könnte.

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewahrt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Stellungnahme zur Revision des Ausländergesetzes

An der Plenarversammlung der KdK vom 19. Juni 2015 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine Stellungnahme betreffend a) eine Revision des Ausländergesetzes (AuG) zur Umsetzung von Art. 121a BV und b) eine Zusatzbotschaft zu Ergänzungen der Gesetzesvorlage zur Änderung des AuG vom 8. März 2013 (Integration; 13.030). Die Kantonsregierungen würdigen die Vorschläge des Bundesrates als konsequenten Schritt bei der Umsetzung von Art. 121a BV. Gleichzeitig weisen sie auf die Bedeutung einer föderalen Ausgestaltung des Zulassungssystems hin. Die Steuerung der Zuwanderung ist eine hoheitliche Aufgabe Bund – Kantone. Die Festlegung der Kontingente und Höchstzahlen muss *bottom up* auf der Grundlage von konkreten Bedarfserhebungen in Absprache mit den Kantonen erfolgen und im Rahmen einer hoheitlichen Zuwanderungskommission Bund – Kantone validiert werden. Auch die Grenzgängerregelung ist so föderal wie möglich auszugestalten. Eine abschliessende Würdigung kann aus Sicht der Kantonsregierungen jedoch erst dann erfolgen, wenn die Resultate aus den Gesprächen mit der EU betreffend eine Revision des FZA vorliegen. Weiter wird betont, dass der bilaterale Weg mit der EU auch angesichts der veränderten Rahmenbedingungen fortgesetzt werden soll. Betreffend die Zusatzbotschaft Integration begrüssen die Kantonsre-

gierungen die Absicht des Bundesrates, administrative Hürden zum Arbeitsmarkt für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen abzubauen (Abschaffung der Sonderabgabepflicht auf Erwerbseinkommen, Ersatz Bewilligungsverfahren durch Meldeverfahren). Zudem wird eine substantielle Erhöhung der Integrationspauschale gefordert.

Stellungnahme zur Vernehmlassungsverordnung

An der Plenarversammlung der KdK vom 25. September 2015 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum Revisionsentwurf der Vernehmlassungsverordnung (VIV). Der Entwurf trägt den Forderungen der Kantonsregierungen weitgehend Rechnung. Gemäss dem erläuternden Bericht müssen sich künftig auch die parlamentarischen Kommissionen und die Parlamentsdienste bei der Ausarbeitung von Erlassentwürfen an die Bestimmungen der VIV halten. Die Kantonsregierungen begrüssen insbesondere auch die vorgeschlagene Ergänzung der Verordnung über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOV): Neu soll der Bund bei seinen Vorhaben die Kantone zwingend in die Vorbereitungsarbeiten und die Vollzugsplanung einbeziehen müssen, wenn „wesentliche Interessen der Kantone betroffen sind“ (Art. 15a). Die Kantonsregierungen machen in ihrer Stellungnahme konkrete Vorschläge für entsprechende Kriterien.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Stellungnahme zur Evaluation des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte

Anlässlich der Plenarversammlung vom 25. September 2015 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur Evaluation des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR). Sie unterstützen den Entscheid des Bundesrates, das SKMR für eine Periode von maximal fünf Jahren weiterzuführen und befürworten eine anschliessende definitive Weiterführung, gegebenenfalls mit einer formellen rechtlichen Grundlage. Die Kantonsregierungen unterstreichen jedoch, dass, ungeachtet der definitiven Form der Nachfolgeinstitution des SKMR, diese auf die schweizerischen Gegebenheiten ausgerichtet werden müsse. Neben dem Verständnis für den föderalen Staatsaufbau und dem unterschiedlichen Vollzug sollte die Nachfolgeinstitution an verschiedenen Standorten präsent sein, um dem föderalen Staatsaufbau der Schweiz Rechnung zu tragen.

Stellungnahme zur Legislaturplanung des Bundes 2015–2019

An der Plenarversammlung der KdK vom 25. September 2015 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur Legislaturplanung des Bundes 2015–2019 zuhanden des Bundesrates. Die Kantone unterstützen darin die Leitlinien und Ziele des Bundesrates für die aktuelle Legislaturperiode. Sie vermissen jedoch eine Zielsetzung zur Stärkung des Föderalismus und fordern den Bundesrat auf, dem anhaltenden Zentralisierungsdruck – etwa in der Raumplanung oder im Energiebereich – entgegenzuwirken. Die Kantone müssen über die notwendigen (auch finanziellen) Handlungsspielräume verfügen, um ihre Verantwortung weiterhin wahrnehmen zu können. In ihrer Stellungnahme äussern sich die Kantone zu den zentralen Herausforderungen der nächsten vier Jahre, wie z.B. die Weiterentwicklung des nationalen Finanzausgleichs, die Unternehmenssteuerreform III oder die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und ihre Auswirkungen auf die künftigen Beziehungen der Schweiz zur EU.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei aussenpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Stellungnahmen zu den Verhandlungsmandaten für die Aushandlung von Freihandelsabkommen mit den Philippinen, Georgien und Ecuador

Die Kantonsregierungen unterstützen in ihren Stellungnahmen zu den Verhandlungsmandaten für die Aushandlung von Freihandelsabkommen mit den Philippinen (20. März 2015), mit Georgien (19. Juni 2015) und mit Ecuador (25. September 2015) den Bundesrat in seinen Bestrebungen, der Schweizer Wirtschaft auch ausserhalb des EU-Binnenmarkts stabile, vorhersehbare und möglichst hindernis- und diskriminierungsfreie Zugangsbedingungen zu möglichst vielen ausländischen Märkten zu schaffen. Sie begrüssen daher auch die Aufnahme von Verhandlungen mit diesen drei Staaten und weisen auf die Zuständigkeiten und wesentlichen Interessen der Kantone hin.

Stellungnahmen zu Anhörungen weiterer Institutionen

Stellungnahme zur Weiterführung E-Government Schweiz ab 2016

An der Plenarversammlung der KdK vom 19. Juni 2015 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zu den Grundlagendokumenten für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2016 (Entwürfe der E-Government-Strategie Schweiz und der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit ab 2016 sowie des Konzepts Schwerpunktplan). Die Kantonsregierungen unterstützen die neue Stossrichtung der E-Government-Zusammenarbeit grundsätzlich, namentlich die geplante Bündelung und Fokussierung der gemeinsamen Anstrengungen auf wenige Schwerpunkte. Auch die in der Rahmenvereinbarung vorgeschlagene Organisation der Zusammenarbeit wurde insgesamt als zweckmässig erachtet. Es wurden jedoch verschiedene Verbesserungsvorschläge eingebracht. Die in den Konsultationsunterlagen vorgeschlagene Fixierung der jährlichen Ausgaben für den Schwerpunktplan und die Geschäftsstelle auf gesamthaft maximal 8 Millionen Franken erachten die Kantone hingegen als zu hoch. Die Anliegen der Kantone fanden in der anschliessenden Überarbeitung der Grundlagen weitestgehend Berücksichtigung. Insbesondere wurde das Kostendach für Schwerpunktplan und Geschäftsstelle auf max. 5 Millionen Franken festgelegt. Dies bedeutet einen jährlichen Kantonsanteil von max. 2,5 Millionen Franken.

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalistischen Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden.

Im Berichtsjahr fanden am 20. März und am 13. November Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden unter anderem folgende Themen diskutiert: Beziehungen Schweiz – EU (Umsetzung von Art. 121a BV, Koordination und institutionelle Fragen), Ausschöpfung inländisches Arbeitskräftepotenzial und Vereinbarung FKI plus, Stabilisierungsprogramm des Bundes 2017–2019, Stellungnahme des Bundesrates zu den Vorschlägen der Kantone für Massnahmen zur Stärkung des Föderalismus (Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013), Föderalismusmonitoring 2014, Nationale Föderalismuskonferenz, Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, aktuelle Situation im Asylbereich sowie Muslim-Dialog.

Europadialog

Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen ist für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung, da die Kantone von zahlreichen bilateralen Abkommen zwischen

der Schweiz und der EU in ihren Zuständigkeiten direkt betroffen oder auf Grund ihrer Vollzugsaufgaben mitbetroffen sind. Die Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes legen die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Bund und Kantonen, die Informations- und Konsultationsrechte sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone fest. Auf Grund des immer engeren Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU, der Weiterentwicklung des bilateralen Wegs sowie der institutionellen Herausforderungen im Verhältnis Schweiz – EU nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der Europapolitik zu. Um diese Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und zu optimieren, haben Bund und Kantone ein permanentes Leitorgan zum Informationsaustausch eingerichtet und dessen Modalitäten mittels einer Vereinbarung geregelt. Im Berichtsjahr trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone am 28. Januar, 22. April, 23. Juni, 17. August, 7. und 26. Oktober sowie am 30. November. Im Vordergrund der Gespräche stand dabei wie im letzten Jahr die Umsetzung von Art. 121a BV. Zudem wurden folgende Themen diskutiert: Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen Schweiz – EU, Stand und weiteres Vorgehen betreffend die Programmbeteiligungen, Stromverhandlungen, Finanzdienstleistungen und Fiskaldossiers.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2015 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Schweizer Wirtschaft nach dem SNB-Entscheid zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses, Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds, zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes, Energiestrategie 2050, Unternehmenssteuerreform III sowie Ausblick auf die kommende Legislaturperiode 2015–2019.

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren.

In der Berichtsperiode fanden am 8. Mai und am 21. September Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden unter anderem folgende Themen behandelt: Umsetzung von Art. 121a BV, Ausschöpfung inländisches Arbeitskräftepotenzial und Vereinbarung FKI plus, Nationale Föderalismuskonferenz, Föderalismusmonitoring, Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, Unternehmenssteuerreform III sowie Dialog mit den Religionsgemeinschaften.

Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind.

Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahm eine Delegation der KdK an folgender Anhörung teil:

Datum	Kommission	Geschäft
9.2.2015	FK-N	Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen für die Beitragsperiode 2016–2019

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Präsidiumsklausur KdK – Direktorenkonferenzen

Seit 2010 finden auf Einladung der KdK regelmässig politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Der erste Teil der Präsidiumsklausur vom 29./30. Januar 2015 war dem gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte in Politikbereichen von gemeinsamem Interesse gewidmet. In einem zweiten Teil wurden die beiden gemeinsamen Schwerpunktthemen Föderalismus und Migration diskutiert. In einem dritten Teil wurden konkrete Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen und weitere spezifische Themen behandelt, u.a. der Einbezug der Kantone in die Legislaturplanung des Bundes 2015–2019, die anhaltenden Migrationsströme im Asylbereich und der sich daraus ergebende Handlungsbedarf sowie der Stand der Arbeiten in Sachen Muslim-Dialog.

An der Präsidiumssitzung vom 1. Oktober 2015 wurden das Schwerpunktthema „Europapolitik und Zuwanderung“, die Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone, die Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone sowie weitere Themen diskutiert.

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, koordiniert die Bearbeitung der Bundesgeschäfte unter den Direktorenkonferenzen und fördert die Zusammenarbeit und den Gedankenaustausch unter ihren Mitgliedern. 2015 trat die KoSeKo vier Mal zusammen. Dabei ging es unter anderem um die Koordination der Betreuung von Vorlagen des Bundes und die Zuweisung der Zuständigkeit an eine Konferenz (federführende Konferenz). Die KoSeKo nahm im Übrigen Stellung zum Einbezug der Kantone in die Umsetzung von Bundesrecht und zur Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone.

Die KoSeKo verfügt über eine Geschäftsdatenbank, die der Koordination der Aufgaben unter den Direktorenkonferenzen dient. Seit November 2015 steht eine französische Version der Datenbank zur Verfügung. Die KdK erstellte ein Handbuch, das den Nutzerinnen und Nutzern die wichtigsten Funktionen erklärt. Weiter beteiligt sich die KoSeKo am Projekt zur Schaffung einer neuen Informatik-Plattform für das Monitoring der Bundesgeschäfte (Ziff. 2.2.1).

Am 16. September 2015 fand eine Weiterbildungsveranstaltung der KoSeKo statt. Die Präsentationen und Diskussionen befassten sich mit der Anwendung der Verfassungsgrundsätze betreffend die Aufgabenteilung (Subsidiaritätsprinzip, Prinzip der fiskalischen Äquivalenz und Prinzip der Eigenständigkeit der Kantone). In Referaten, Gruppenarbeiten und Diskussionen wurde geklärt, welche Kriterien beim Ausfüllen der Formulare für den Monitoringbericht Föderalismus zur Anwendung gelangen sollen.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 26. Mai und 20. Oktober 2015 mit der Generalsekretärin der KdK zum gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch.

2.2 Weitere Themen

2.2.1 Allgemeines

Monitoring Geschäftsdatenbank

Seit rund zwei Jahren erfolgt die Fachkoordination zwischen den Sekretariaten der KdK und der Direktorenkonferenzen auf der Basis einer Geschäftsdatenbank. Diese Geschäftsdatenbank ist auch die elektronische Grundlage für das Föderalismusmonitoring der ch Stiftung, an dem alle Konferenzen mitwirken. Die aktuelle Lösung hat jedoch Schwächen, weshalb die Plenarversammlung der KdK vom 19. Juni 2015 die Entwicklung einer neuen Geschäftsdatenbank beschlossen hat. Der Anstoss dazu kam auch von Seiten der Kantone, die das Bedürfnis haben, die Geschäftsdaten-

bank vermehrt für ihre eigenen Monitoringarbeiten der Bundespolitik aktiv zu nutzen, was heute technisch nicht möglich ist. In der Folge hat die KdK das Projekt „Monitoring Bundesgeschäfte für Konferenzen und Kantone“ lanciert. Im Dezember 2015 hat das Projekt einen wesentlichen Schritt gemacht: Als Realisierungspartnerin ist Weblaw AG in Bern gewählt und die konkrete Umsetzung des Projekts ist gestartet. Ziel ist, dass die neue Geschäftsdatenbank im Herbst 2016 in Betrieb genommen werden kann. Die neue Lösung soll einfacher und schneller sein und so für alle Nutzer zu einer klaren Verbesserung gegenüber heute führen.

Nationale Föderalismuskonferenzen

Die Plenarversammlung der KdK vom 20. März 2015 zieht eine positive Bilanz zur vierten Nationalen Föderalismuskonferenz vom 27./28. November 2014 in Solothurn. Die Konferenz war dem Thema «Zusammenhalt und Solidarität auf dem Prüfstand» gewidmet und zählte rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die inhaltlichen Diskussionen und der Meinungsaustausch waren reichhaltig, vielseitig und fruchtbar. Die Konferenz zeigte auf, dass der Föderalismus lebendig ist und zum nationalen Zusammenhalt beiträgt. Die fünfte Nationale Föderalismuskonferenz findet am 26./27. Oktober 2017 in Montreux statt. Die Vorbereitungsarbeiten sind unter Federführung des Kantons Waadt bereits angelaufen.

Forum of Federations

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit dem Forum of Federations (FoF) weitergeführt. Die KdK unterstützte die thematischen Arbeiten des FoF finanziell und nahm Einsitz in den Strategic Council, der die strategische Ausrichtung des Forums berät und die aktuellen (thematischen) Schwerpunkte diskutiert. Ebenfalls war die Schweiz im 2015 Gastgeberin des Treffens des Board of Directors, das vom 16.–19. März stattfand. Der Kanton Aargau hat sich als Gastkanton zur Verfügung gestellt und am Abend des 17. März zum Kantonsabend eingeladen. Am Tag darauf fand ein Besuch in Bern statt. Die KdK organisierte eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Centralization and Federalism: Trends and Solutions“. Regierungsrat Benedikt Würth (SG) führte aus Sicht der Kantone ins Thema ein und moderierte die anschliessende Podiumsdiskussion mit den Board-Mitgliedern aus Äthiopien, Australien, Brasilien, Deutschland, Kanada, Pakistan und der Schweiz.

Empfang von Delegationen

Die KdK empfängt jedes Jahr Delegationen aus dem In- und Ausland, die sich für Föderalismus, das politische System der Schweiz und den Finanzausgleich interessieren. Im Berichtsjahr besuchten folgende Delegationen die Konferenz der Kantonsregierungen resp. das Haus der Kantone:

Datum	Delegation / Land
04.03.2015	Delegation des dänischen Parlaments
19.03.2015	Gruppe Studierende der HSG
22.04.2015	Delegation aus Myanmar
03.07.2015	Interkantonale Legislativkonferenz
18.08.2015	Südkoreanisches Fernsehen (KSB)
28.08.2015	Delegation der Stadt Wien
31.08.2015	Practitioner's Course des IFF (Teilnehmende aus Äthiopien, Afghanistan, Albanien, Kolumbien, Nepal, Norwegen, Simbabwe, Somalia, Südsudan und der Ukraine)
12.11.2015	Delegation aus Bolivien
09.12.2015	Besuch des Deputy Prime Ministers von Somalia
10.12.2015	Delegation aus Myanmar

Finanzbericht 2014 über die interkantonalen Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2014 wurde der Plenarversammlung der KdK vom 18. Dezember 2015 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Anschliessend wurde der Bericht an alle Direktorenkonferenzen übermittelt.

2.2.2 Aussenpolitik

Neben zahlreichen weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen der Kantone in ausserpolitischen Fragen und den bereits unter Arbeitsschwerpunkten (Ziff. 2.1) erwähnten Tätigkeiten, standen im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Aktivitäten im Vordergrund.

Europapolitik

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort. Zusammen mit der EnDK begleitete das Sekretariat der KdK die im November 2007 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Elektrizitätsbereich. Schliesslich nahm ein Vertreter des Sekretariats der KdK auch an den im Berichtsjahr wieder aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen teil.

EFTA

Die Arbeitsgruppe *Dienstleistungen* der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen sowie auf die Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen. Besonders verfolgt wurden hier die Diskussionen über ein allfälliges neues plurilaterales Abkommen im Dienstleistungsbereich (Trade in Services Agreement TISA).

Begleitorganisation Schengen/Dublin

Wie in den vergangenen Jahren nahmen sowohl politische Vertreter als auch Experten der Interkantonalen Begleitorganisation Schengen/Dublin der KdK an der Seite des Bundes an Sitzungen der Gemischten Ausschüsse und Arbeitsgruppen der EU zu Schengen/Dublin teil. Beherrscht wurde die Diskussion von der schweren Migrationswelle und verschiedenen Terroranschlägen, welche 2015 über Europa hinweg rollten.

Schengen/Dublin: Datenschutz

Die Arbeitsgruppe *Datenschutz* der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Ausarbeitung des Datenschutzpakets der EU. Vertreter der Arbeitsgruppe nahmen an zahlreichen Sitzungen in Brüssel teil, insbesondere zur schengenrelevanten Richtlinie. Diese Arbeiten erfolgten im Hinblick auf die Übernahme und Umsetzung dieser Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstands.

2.2.3 Innenpolitik

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Gestützt auf den Bericht vom 13. Februar 2012 zur besseren Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, sind die KdK und der Bund bestrebt, die seinerzeit definierten Massnahmen zu konkretisieren und deren Umsetzung zu gewährleisten. Erwähnung verdient der von der Arbeitsgruppe *Umsetzung Bundesrecht* erstellte Leitfaden für die Ausarbeitung von Vernehmlassungen. Dieser wurde von der Plenarversammlung der KdK am 19. Juni 2015 zur Kenntnis genommen und im Anschluss den Kantonsregierungen zugestellt mit der Empfehlung, ihn falls erforderlich bei der Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungen des Bundes zu verwenden.

Weiter zu erwähnen ist die von der KdK in Auftrag gegebene Studie des Büro Vatter zum Einbezug der Kantone in die gesetzgeberischen Vorbereitungsarbeiten. Die Studie mündete im Bericht «Formen und Verfahren des frühzeitigen Einbezugs der Kantone bei der Erarbeitung von Vorentwürfen von Bundeserlassen». Der Bericht zeigt in Form von Empfehlungen an den Bund und die Kantone konkrete Anpassungs- und Verbesserungsmöglichkeiten auf. Der Bericht wurde an der Plenarversammlung vom 25. September 2015 zur Kenntnis genommen. In einem nächsten Schritt ist vorgesehen, dass die KdK den Bundesrat in einem Schreiben auf die an den Bund gerichteten Empfehlungen des Berichts und die darauf gründenden Erwartungen der Kantone hinweist. Weiter ist vorgesehen, dass das vom Bundesamt für Justiz (BJ) und dem Sekretariat der KdK erarbeitete Arbeitsdokument zur koordinierten Umsetzung von Bundesrecht politisch von Bund und Kantonen validiert und der Anwendung zugeführt wird.

Kantonale Unternehmensbesteuerung (USR III)

Am 5. Juni 2015 publizierte der Bundesrat seine Botschaft zur Unternehmenssteuerreform (USR) III. Die KdK verabschiedete am 19. Dezember 2014 ihre Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage. Die Differenzen zwischen Bundesrat und Kantonen betreffen vor allem drei Punkte. Zunächst sieht der Bundesrat vor, dass die Kosten der vertikalen Ausgleichsmassnahmen zu gleichen Teilen von Bund und Kantonen getragen werden. Der Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern würde somit von 17% auf 20,5% steigen. Nach Ansicht der Kantone sollten im Sinne einer gerechten Kostenaufteilung 40% der Kosten dieser vertikalen Massnahmen zu ihren Lasten und 60% zu Lasten des Bundes gehen. In Anbetracht der unterschiedlichen steuerlichen Ausschöpfbarkeit der Gewinne von Unternehmen mit besonderem Steuerstatus durch den Bund und die Kantone müsste der Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern somit von 17% auf 21,2% erhöht werden. Weiter will der Bundesrat die Emissionsabgabe auf Eigenkapital abschaffen. Die Kantone lehnen diese steuerliche Massnahme ab. Schliesslich wurden die Bestimmungen zur Aufdeckung stiller Reserven gegenüber der Vernehmlassungsvorlage abgeändert. Die in der Botschaft des Bundesrats dargelegte Methode zur Berücksichtigung stiller Reserven unterscheidet sich von der in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Methode. Weiter sieht der Bundesrat eine neue steuerliche Massnahme vor, die den Kantonen die Möglichkeit gibt, erhöhte Abzüge für Aufwendungen für Forschung und Entwicklung vorzusehen. Eine Minderheit der Kantone verlangte die Prüfung einer solchen Massnahme. Hingegen verzichtet der Bundesrat auf die Einführung einer Tonnage Tax, da diese Massnahme nicht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben vereinbar wäre. Eine Minderheit der Kantone hatte eine solche Besteuerung befürwortet.

Am 14. Dezember 2015 stimmte der Ständerat der Vorlage zur USR III mit Änderungen zu. Die Änderungen entsprechen Forderungen der Kantone betreffend die folgenden Punkte: höherer Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern und Beibehaltung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Hingegen schloss sich der Ständerat der vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung für die Dividenden-Teilbesteuerung nicht an. Die Kantone hatten sich für die Lösung des Bundesrats ausgesprochen.

Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014

Im Rahmen der Sommersession 2015 bringt das Parlament das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) 2014 mit Abstrichen unter Dach und Fach. Das Sparpaket entlastet den Bundeshaushalt um rund 630 Millionen Franken. Das sind rund 100 Millionen Franken weniger als der Bundesrat beantragt hatte. Zwei von ihm vorgeschlagene grössere Sparvorschläge werden gestrichen: 50 Millionen durch die Abschaffung der indirekten Presseförderung und rund 57 Millionen bei den Agrarsubventionen. Die KdK verfolgt die parlamentarische Beratung aufmerksam. Aus Sicht der Kantone bietet das definitive KAP keine spezifischen Probleme.

Stabilisierungsprogramm 2017–2019

Trotz der Realisierung des KAP muss der Bund weiter sparen. Bereits der Voranschlag 2016 wird nach unten korrigiert und ab 2017 wird ein erneutes Sparpaket in Milliardenhöhe geschnürt werden müssen. Das entsprechende Stabilisierungsprogramm 2017–2019 schickte der Bundesrat am 25. November 2015 in die Vernehmlassung. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktorenkonferenzen bereitete die KdK Ende Jahr einen Stellungnahmeentwurf zuhanden der Kantonsregierungen vor.

Bundesstab ABCN

Um die Einsatzorganisation zur Bewältigung von Ereignissen nationaler Tragweite zu verbessern, verabschiedete der Bundesrat 2010 die neue Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen. Die Führung auf Stufe Bund wurde in Form eines Bundesstabes für ABCN-Ereignisse (BST ABCN) vereinheitlicht, in dem rund 20 Bundesstellen zusammengeführt sind. Zur Sicherstellung der Koordination mit den Kantonen nehmen die KdK sowie verschiedene Direktorenkonferenzen (EnDK, GDK, KKJPD und RK MZF) im BST ABCN Einsitz. Im Zentrum der Aktivitäten 2015 standen die Auswertung der Sicherheitsverbandsübung SVU 14 und gestützt darauf die Weiterentwicklung des Bundesstabes.

Bericht des Bundesrates zur Umsetzung von Art. 50 BV

Aufgrund von zwei gleich lautenden Postulaten (Fluri 13.3820 und Germann 13.3835) wurde der Bundesrat 2013 beauftragt, über die Wirkung von Art. 50 BV (Gemeindeartikel) Bericht zu erstatten. Für die Erarbeitung des Berichts setzte das federführende Bundesamt für Justiz eine Begleitgruppe ein, in der neben den Kommunalverbänden auch die KdK vertreten war. In seinem Bericht vom 13. März 2015 hält der Bundesrat fest, dass mit der neuen Bundesverfassung die Gemeinde als Institution gestärkt und die kommunale Ebene als Ganzes in der Verfassung besser sichtbar gemacht wurde. Zudem weist er auf Massnahmen wie die Schaffung der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK), die Ratifikation der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung oder die 2015 verabschiedeten Bundesstrategien zur Agglomerationspolitik sowie zur Politik der ländlichen Räume und Berggebiete hin. Schliesslich schlägt der Bundesrat verschiedene Massnahmen vor, um die Anliegen der Gemeinden bzw. Städte und Agglomerationen sowie Berggebiete bei der Erarbeitung von Bundeserlassen insgesamt noch besser berücksichtigen zu können.

Verständigungslösung Bund – Kantone zum Netzbeschluss

Der Bundesrat und die Kantonsregierungen verabschiedeten 2010 eine Verständigungslösung zu offenen finanzpolitischen Geschäften im Verhältnis Bund – Kantone. Dabei wurde auch vereinbart, im Rahmen des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) zu prüfen, die Strassenbeiträge an die Kantone um jährlich lediglich CHF 30 statt 105 Millionen zu kürzen. Anfang 2013 verabschiedete das Parlament schliesslich den Netzbeschluss, mit dem knapp 400 Kilometer bestehender Kantonsstrassen neu in das Nationalstrassennetz aufgenommen und somit künftig in die Zuständigkeit des Bundes fallen sollen. Nachdem jedoch die vorgesehene Finanzierung über eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette an der Urne scheiterte, war die Realisierung in Frage gestellt. Die Kantone forderten, die Finanzierung entgegen dem Vorschlag des Bundesrates im Rahmen der Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) zu regeln. Im September 2015 wies der Ständerat die Vorlage an seine Verkehrskommission (KVF-S) zurück mit dem Auftrag, den Netzbeschluss darin aufzunehmen und die Finanzierung abzuklären. Um eine tragfähige Lösung zu erarbeiten, hat die KVF-S die Kantone im Oktober zur Stellungnahme eingeladen und sie aufgefordert, den Netzbeschluss durch eine unbefristete Kostenbeteiligung von CHF 60 Millionen mitzufinanzieren. Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) führte in der Folge zur Frage der Erhöhung des Kantonsanteils eine Konsultation bei den Gesamtregierungen durch, deren Ergebnis im Berichtsjahr noch nicht vorlag.

Präventionsprogramm Jugend und Gewalt

Im Rahmen des gesamtschweizerischen Präventionsprogramms „Jugend und Gewalt“ haben sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden vor fünf Jahren auf eine Zusammenarbeit bei der Prävention und der Bekämpfung von ju-

gendlichem Gewaltverhalten verständigt. Zur strategischen Steuerung der Programmaktivitäten wurde eine tripartit zusammengesetzte Steuergruppe eingesetzt, die kantonale Delegation war von der KdK eingesetzt worden. Im Mai 2015 zog der Bundesrat eine positive Abschlussbilanz: Bund, Kantone, Städte und Gemeinden sind das Programm partnerschaftlich angegangen und haben erfolgreich Fachpersonen zusammengebracht, um die Prävention in der Schweiz effizienter zu gestalten. Die Internetseite www.jugendundgewalt.ch wurde rege genutzt und mit dem Newsletter konnten regelmässig über 1'000 Personen erreicht werden. Insgesamt erschienen 14 Publikationen zum Thema, zudem wurden 20 Projekte in der ganzen Schweiz unterstützt und lanciert und es fanden zahlreiche Veranstaltungen für den Erfahrungsaustausch statt, u.a. drei Nationale Konferenzen in Bern (2011), Genf (2013) und Lugano (2015). Mit den Kantonen konnte eine Anschlusslösung für das Programm gefunden werden: Ab 2016 werden die Internetseite, der Newsletter und die Netzwerktreffen der kantonalen und kommunalen Ansprechstellen für Gewaltprävention im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) von der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP) übernommen und weitergeführt.

Muslim-Dialog

Auf eine entsprechende Anfrage der EJPD-Vorsteherin hin führte das KdK-Sekretariat bei den kantonalen und kommunalen Integrationsfachstellen eine Umfrage zu deren Aktivitäten rund um die muslimische Bevölkerung durch. Die Auswertung der Umfrage machte deutlich, dass die Mehrzahl der Kantone grossen Wert auf den interreligiösen Dialog legt. Um die Kooperation und den Informationsaustausch zwischen staatlichen Stellen und den Vertretungen und Organisationen der muslimischen Bevölkerung sicherzustellen, werden diese von staatlicher Seite an Veranstaltungen eingeladen oder auch in Migrations- und Integrationskommissionen eingebunden. Daneben werden Austausch- und Vernetzungstreffen für Migrationsvereine, Vereine der interkulturellen Arbeit und Religionsgemeinschaften organisiert. In mehreren Kantonen gibt es regelmässige Treffen mit Imamen und Organisationen muslimischer Glaubensgemeinschaften. Im Gegenzug werden staatliche Vertreter auch zu Besuchen in Moscheen, an Versammlungen oder an Feiern der muslimischen Bevölkerung eingeladen. Die Anliegen, welche die Muslime im Rahmen des Muslim-Diologs 2012 eingebracht hatten, wurden von den zuständigen Fachleuten in den Kantonen und Kommunen aufgegriffen: Dazu gehören etwa Fragen der Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, der Diskriminierungsschutz, Bemühungen um Gebetsräume und muslimische Bestattungsmöglichkeiten. Aber auch die Aus- und Weiterbildung religiöser Betreuungspersonen, muslimische Seelsorge in Spitälern und Gefängnissen, religiöse Bildung an öffentlichen Schulen oder die öffentlich-rechtliche Anerkennung und Würdigung von Glaubensgemeinschaften wurden in den vergangenen Jahren fast überall diskutiert.

Raumkonzept Schweiz

Nach dem erfolgreichen Genehmigungsprozess auf allen Staatsebenen wurde das Raumkonzept Schweiz (RKCH) Ende 2012 publiziert. Im Januar 2013 fand die abschliessende Sitzung der politischen Begleitgruppe statt. Damit wurde die tripartite Projektorganisation, die das UVEK, die KdK, die BPUK und die Kommunalverbände 2006 zur gemeinsamen Erarbeitung des RKCH eingesetzt hatten, formell aufgelöst.

Das RKCH postuliert Folgearbeiten, welche die drei staatlichen Ebenen gemeinsamen angehen sollen. Zudem soll nach fünf Jahren der Stand der Konkretisierung und der Anpassungsbedarf des RKCH geprüft werden. Deshalb wurde zur Beobachtung der weiteren Entwicklung eine tripartite Kerngruppe eingesetzt, die sich aus Vertretungen der Geschäftsstellen der Trägerorganisationen zusammensetzt. Die Federführung liegt beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).

Die tripartite Kerngruppe traf sich 2015 zu zwei Sitzungen. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag auf der Fortsetzung des 2014 begonnen Austauschs mit Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaften. Im Berichtsjahr standen dabei Fragen der Partizipation der Bevölkerung im Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten war die konzeptionelle Vorbereitung der für 2017 vorgesehenen ausführlichen Berichterstattung zum Raumkonzept Schweiz.

Tripartite Agglomerationskonferenz

Ende 2011 haben der Bundesrat, die KdK sowie die Kommunalverbände beschlossen, die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) fortzusetzen. Das Präsidium und die Geschäftsstelle der TAK werden durch die KdK wahrgenommen.

Die zentralen Geschäfte der TAK 2015 aus Sicht der Kantone waren:

- Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit;
- Folgearbeiten zum Bericht „Das 3x3 der nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft des Büros für Stadt- und Agglomerationsentwicklung und Metron;
- TAK-Integrationsdialog.

Die TAK-Delegation der Kantone, die sich nebst dem TAK-Präsidium aus acht weiteren kantonalen Regierungsmitgliedern zusammensetzt, legte zu diesen Geschäften die Haltung der Kantone dar. Zur Vorbereitung der kantonalen Haltung führte das KdK-Sekretariat im Vorfeld der Sitzungen der TAK Konsultationen bei den Mitgliedern der TAK-Delegationen durch.

2.2.4 *Mandate*

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der Träger der TAK, führt die KdK die Geschäftsstelle der TAK. Die entsprechenden Arbeiten umfassten einerseits die Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 26. Juni und 19. November sowie der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 6. Mai und 16. September. Andererseits stellte die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TAK-Projekte sicher. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und übernahm die Koordination mit externen Mandatsträgern. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit

Mit der Ende 2011 revidierten Vereinbarung verfolgt die TAK das Ziel, aufzuzeigen, wie die ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit einbezogen werden können. Im März 2014 lag ein Expertenbericht mit Modellvorschlägen und konkreten Empfehlungen der eingesetzten tripartiten Projektleitung zur Modellwahl vor. Die TAK vom 27. Juni 2014 beauftragte die Geschäftsstelle, eine Konsultation dieser Grundlagen bei den TAK-Trägern und weiteren interessierten Kreisen durchzuführen.

Die TAK vom 26. Juni 2015 nahm die Ergebnisse der Konsultation zur Kenntnis: Die Träger der TAK stimmen den Empfehlungen der Projektleitung in vielen Punkten zu. Offene Fragen betreffend die Weiterentwicklung der TAK in eine breiter aufgestellte Tripartite Konferenz (TK) konnten in der Folge an einem politischen Treffen zwischen der Bundeskanzlerin, den Präsidien der KdK, des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) und des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) am 4. November 2015 unter der Leitung des TAK-Präsidenten geklärt werden. Die Diskussion wurde auf Grundlage eines Vereinbarungsentwurfs für eine Tripartite Konferenz (TK) nach dem Muster der TAK sowie einer ersten Liste möglicher Themen für die künftige tripartite Zusammenarbeit geführt. Die Präsidien der Träger kamen überein, dass die TTA auf den vorliegenden Grundlagen zuhanden der TAK vom 1. Juli 2016 Entwürfe einer neuen Vereinbarung und eines Arbeitsprogramms 2017-2021 ausarbeiten wird. Die TAK wird diese anschliessend bei ihren Trägern in Konsultation geben.

Nachhaltige Siedlungsentwicklung

An ihrer Sitzung vom 31. Oktober 2014 verabschiedete die TAK nach rund zweijähriger Projektarbeit den Bericht „Das 3x3 der nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft des Büros für Stadt- und Agglomerationsentwicklung und Metron. Schwerpunkt des Berichts bilden neun Forderungen, die im Rahmen des Projekts formuliert und mit Beispielen illustriert wurden. Zudem konkretisiert der Bericht, welche Verantwortlichkeiten und Rollen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Forderungen übernehmen bzw. wahrnehmen sollen. Die TAK beschloss, den Bericht zu publizieren und dazu eine Tagung durchzuführen.

Weil im Berichtsjahr neben der TAK verschiedene weitere Akteure, darunter der Schweizerische Gewerbeverband sowie das Nationale Forschungsprogramm „Neue urbane Qualität“ (NFP 65) Veranstaltungen im Bereich nachhaltige Siedlungsentwicklung bzw. Innenentwicklung vorsahen, wurde beschlossen am 29. Mai 2015 in Solothurn den gemeinsamen Kongress „Siedlungen hochwertig verdichten“ durchzuführen. Im Rahmen dieser Tagung wurde auch der

inzwischen publizierte Bericht „Das 3x3 der nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ vorgestellt. Der Kongress stiess auf reges Interesse und war mit über 500 Teilnehmenden ausgebucht.

Als weitere Folgearbeit aus dem Bericht trafen sich die Präsidien der TAK, der BPUK, des SGV und des SSV am 17. August 2015 mit der Vorsteherin des UVEK, um über die Möglichkeit eines nationalen Impulses für eine qualitätsvolle Innenentwicklung zu diskutieren. Die UVEK-Vorsteherin unterstützte grundsätzlich den Vorschlag eines zeitlich befristeten, nationalen Impulses und stellte eine finanzielle Unterstützung durch den Bund in der Periode 2016-2020 in Aussicht. Die erforderlichen finanziellen Mittel müssen dem Parlament allerdings per Nachtragskredit beantragt werden. Der Impuls soll in erster Linie auf die kommunale Ebene abzielen, weil sie bei der Umsetzung einer qualitätsvollen Innenentwicklung eine besonders wichtige Rolle spielt. Um eine rasche Wirkung zu erzielen sollen mit dem Impuls vor allem bewährte Ansätze gestärkt werden, weshalb eine Verstärkung der Finanzierung der VLP-ASPAN im Vordergrund steht.

Übersicht über die in den Agglomerationen aktuell gelebte Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in den Agglomerationen hat sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt. Damit Entscheidungsträger und Praktiker auf den verschiedenen Ebenen von den dabei gemachten Erfahrungen profitieren können, hat die TAK beschlossen, eine möglichst aktuelle und umfassende Bestandesaufnahme darüber zu machen. Die TAK hat das Büro Ecoplan mit der Studie beauftragt und zur Begleitung der Arbeiten eine tripartite Projektleitung eingesetzt. Zunächst erfolgte eine Kurzbefragung der Kantone, um eine Übersicht über die vorhandenen Zusammenarbeitsstrukturen sowie über die entsprechenden kantonalrechtlichen Grundlagen zu gewinnen. Anschliessend wurden alle von den Kantonen gemeldeten Zusammenarbeitsstrukturen mit einem umfassenden Fragebogen schriftlich befragt. Der Schlussbericht wird Anfang 2016 vorliegen.

Ausländer- und Integrationspolitik

Ein weiteres Schwerpunktthema der Geschäftsstelle ist der Integrationsdialog, der insgesamt drei Schienen verfolgt: In der ersten Dialogschiene „Arbeiten: Chancen geben, Chancen nutzen“ konnte am 26. Januar 2015 auf politischer Ebene eine positive Zwischenbilanz gezogen werden. Die Umsetzung kommt in allen Aktionsfeldern gut voran, die öffentlich-private Zusammenarbeit konnte in verschiedenen Bereichen verstärkt werden. Ein Akzent konnte insbesondere bei der Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen gesetzt werden. Weiter vorangeschritten sind auch die Arbeiten in Rahmen der zweiten Dialogschiene „Aufwachsen: gesund ins Leben starten“, deren Fokus auf die früheste Kindheit gerichtet ist. Die Dialogpartner zogen am 8. April 2015 auf technischer Ebene ebenfalls ein positives Zwischenfazit: In der Praxis gibt es immer mehr gute Beispiele, die auf der Dialogwebsite (www.dialog-integration.ch) aufgeschaltet worden sind. Verschiedene Empfehlungen der TAK wurden zudem vom Bundesrat aufgegriffen in einem Bericht in Erfüllung des Postulates Maury Pasquier (12.3966) zur Gesundheit von Müttern und Kindern mit Migrationshintergrund. Auch konnte die TAK mit Unterstützung des Bundesamts für Gesundheit ein Projekt zur Sensibilisierung der Akteure vor Ort in Angriff nehmen. Schliesslich verabschiedete die TAK das Konzept zur Umsetzung der dritten Dialogschiene „Zusammenleben: Mitdenken – mitreden – mitgestalten“. In der Schweiz gibt es bereits zahlreiche Projekte zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Erfahrung zeigt aber, dass diese Projekte häufig einen schweren Stand haben, da sie oftmals als wirkungslos kritisiert werden. Hier will TAK ansetzen: Zum einen soll die Bedeutung solcher Projekte aufgezeigt werden. Zum anderen geht es darum, die bestehenden Projekte bekannter zu machen und darauf hinzuwirken, dass die in diesem Bereich – oft unbezahlt – geleistete Arbeit eine öffentliche Wertschätzung erhält.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Seit 2006 führt das Sekretariat der KdK im Mandatsverhältnis die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen, regionalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID). Die Geschäftsstelle organisierte im Berichtsjahr insgesamt drei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandsretraite, wobei jeweils auch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung zu ihren Aufgaben zählte. Zusätzlich nahm die Geschäftsstelle an 10 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen gefördert werden konnte.

Thematisch setzte die KID in diesem Jahr einen Schwerpunkt bei den von der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) lancierten Integrationsdialogen. Zudem nahm die KID eine umfassende Revision ihrer Statuten in Angriff. Darüber hinaus befassten sich die Integrationsdelegierten mit den Vernehmlassungsvorlagen zur Revision des Ausländergesetzes, der Weiterbildungsverordnung sowie der Bürgerrechtsverordnung. Die Geschäftsstelle nahm an verschiedenen Tagungen und Treffen teil und leistete dabei oft auch inhaltliche Inputs.

03

3 Rechnung

Bei der vorliegenden Jahresrechnung handelt es sich um eine gekürzte Darstellung. Der Revisionsbericht bezieht sich auf die umfassende Jahresrechnung.

Jahresrechnung 2015 (revidiert)

	Rechnung 2015	Budget 2015	Rechnung 2014
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden	310'628.75	317'000	307'496.15
Übrige Einnahmen	11'890.82	0	10'249.75
Total Ertrag	3'618'519.57	3'613'000	3'613'745.90
Personalaufwand	2'773'606.51	2'906'000	2'745'807.24
Betriebsaufwand	369'718.98	423'000	381'447.84
Arbeitsgruppen / Projekte	332'457.75	335'000	233'377.93
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	140'628.75	150'000	139'896.20
Total Aufwand	3'616'411.99	3'814'000	3'500'529.21
Einnahmeüberschuss	2'107.58	0	113'216.69
Ausgabenüberschuss	0	201'000	0
Guthaben Kantone 31.12.2015	1'178'206.16		

Die Jahresrechnung 2015 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'616'411.99 (Kantonsbeiträge CHF 3'296'000.00) mit einem Ertragsüberschuss von CHF 2'107.58 ab. Dieser wird gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen, welches sich dadurch auf CHF 1'178'206.16 erhöht.

Die Revision der Jahresrechnung 2015 wurde am 14. April 2016 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Kostenverteiler 2015 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2012	Schlüssel 2012	Kantonsbeiträge 2015
Aargau	622'819.0	7.79%	256'702
Appenzell AR	53'375.5	0.67%	21'999
Appenzell IR	15'730.0	0.20%	6'483
Baselland	275'948.5	3.45%	113'735
Baselstadt	186'840.0	2.34%	77'008
Bern / Berne	988'831.5	12.37%	407'558
Fribourg / Freiburg	288'031.5	3.60%	118'716
Genève	461'817.5	5.77%	190'343
Glarus	39'293.0	0.49%	16'195
Graubünden / Grischun / Grigioni	193'654.0	2.42%	79'817
Jura	70'742.0	0.88%	29'157
Luzern	384'024.0	4.80%	158'280
Neuchâtel	173'868.5	2.17%	71'662
Nidwalden	41'447.5	0.52%	17'083
Obwalden	36'000.0	0.45%	14'838
St. Gallen	485'108.0	6.07%	199'943
Schaffhausen	77'547.0	0.97%	31'962
Schwyz	148'867.0	1.86%	61'357
Solothurn	258'136.5	3.23%	106'394
Thurgau	254'093.0	3.18%	104'727
Ticino	339'297.5	4.24%	139'845
Uri	35'537.5	0.44%	14'647
Valais / Wallis	319'377.0	3.99%	131'635
Vaud	730'150.0	9.13%	300'940
Zug	115'839.5	1.45%	47'745
Zürich	1'400'485.5	17.51%	577'227
			2
Total	7'996'861.0	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Sommaire

Avant-propos.....	33
-------------------	----

1 Organisation.....	35
1.1 Assemblée plénière	35
1.2 Bureau	36
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques	37
1.4 Secrétariat	37

2 Activités.....	39
2.1 Axes prioritaires.....	39
2.1.1 Assemblée plénière	39
2.1.2 Bureau	43
2.1.3 Prises de position.....	45
2.1.4 Collaboration Confédération – cantons	47
2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	48
2.2 Autres activités	49
2.2.1 Généralités.....	49
2.2.2 Politique extérieure.....	50
2.2.3 Politique intérieure.....	51
2.2.4 Mandats	54

3 Comptes	57
------------------------	-----------

Annexes.....	59
---------------------	-----------

Avant-propos

2015 se termine par un bilan aux multiples facettes. - Ainsi, la CdC a-t-elle été entendue dans bien des dossiers de politique intérieure importants. Un exemple : les Chambres fédérales ont éliminé les divergences sur la dotation de la péréquation financière 2016–2019 en s'appuyant sur un accord politique élaboré par la CdC. Une question déterminante pour la solidarité et le fédéralisme en Suisse a été réglée grâce aux cantons.

Les gouvernements cantonaux ont également pu faire valoir à temps leur point de vue concernant plusieurs objets fédéraux et obtenir ainsi gain de cause ; nous pensons notamment à la révision de l'ordonnance sur la consultation ou au Programme de législature de la Confédération 2015–2019.

En fin d'année, la CdC a créé un groupe de travail politique chargé de proposer des solutions afin d'optimiser la péréquation financière entre la Confédération et les cantons. Franz Marty, ancien directeur des finances du canton de Schwytz, a pris la direction de ce groupe qui comprend trois conseillers d'État de cantons à fort potentiel de ressources et trois de cantons à faible potentiel de ressources.

Le secteur de la politique extérieure exige un engagement plus poussé de notre part, en particulier pour tout ce qui a trait à la mise en œuvre de l'article constitutionnel 121a : la Confédération n'a jusqu'ici quasiment pas donné suite à la prise de position des gouvernements cantonaux. Et alors que les cantons avaient été associés aux négociations sur un accord institutionnel avec l'UE reprises en fin d'année, ils n'ont pratiquement pas été impliqués dans les consultations menées avec Bruxelles en 2015.

Les cantons considèrent le maintien des accords bilatéraux comme l'objectif stratégique supérieur. Ils n'ont eu de cesse de répéter qu'ils soutiendront le Conseil fédéral dans ses efforts pour trouver une solution consensuelle avec l'UE concernant l'accord sur la libre circulation. Le système d'admission devrait être conçu selon une approche fédéraliste, les gouvernements cantonaux estimant qu'il ne sera pas possible de gérer l'immigration à coups de contingents et de quotas.

C'est la raison pour laquelle nous avons conclu avec la Confédération une convention sur la mobilisation du potentiel de main-d'œuvre nationale, l'initiative FKI plus, afin de répondre aux besoins du marché du travail en recourant à la main-d'œuvre nationale. Il s'agit en l'occurrence d'augmenter l'activité professionnelle des femmes, de maintenir les seniors sur le marché du travail, d'engager des mesures générales afin d'assurer la relève et de renforcer l'insertion professionnelle des réfugiés reconnus et des personnes admises à titre provisoire.

Enfin, nous avons décidé de cibler davantage les activités de communication de la CdC. Nous souhaitons informer à intervalles réguliers les milieux intéressés du travail réalisé par la CdC en leur adressant une newsletter à l'issue de chaque assemblée plénière. Objectif : exposer avec concision et précision le point de vue des cantons sur des dossiers importants.

Nous terminerons en remerciant toutes celles et tous ceux qui se sont investis en 2015 dans la défense des intérêts des cantons. Bonne lecture !



Jean-Michel Cina, conseiller d'État
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Chaque canton y délègue un membre de son gouvernement ; c'est au gouvernement qu'il incombe de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC. Ont pris part aux séances de l'Assemblée plénière en 2015 les personnes suivantes :

Canton	Représentants
ZH	Ernst Stocker, président du Conseil d'État
BE	Hans-Jürg Käser, président du Conseil-exécutif
LU	Yvonne Schärli-Gerig, conseillère d'État Paul Winiker, conseiller d'État
UR	Heidi Z'graggen, landammann
SZ	Kurt Zibung, conseiller d'État
OW	Niklaus Bleiker, landammann
NW	Othmar Filliger, conseiller d'État
GL	Andrea Bettiga, conseiller d'État Benjamin Mühlemann, conseiller d'État
ZG	Matthias Michel, conseiller d'État
FR	Beat Vonlanthen, conseiller d'État
SO	Esther Gassler, conseillère d'État
BS	Guy Morin, président du Conseil d'État
BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'État
SH	Reto Dubach, conseiller d'État
AR	Marianne Koller-Bohl, conseillère d'État Jürg Wernli, conseiller d'État
AI	Martin Bürki, conseiller d'État Daniel Fässler, conseiller d'État

SG	Benedikt Würth, président du Conseil d'État
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État
	Jon Domenic Parolini, conseiller d'État
AG	Roland Brogli, conseiller d'État
TG	Claudius Graf-Schelling, conseiller d'État
	Jakob Stark, président du Conseil d'État
TI	Norman Gobbi, président du Conseil d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Jean-Michel Cina, conseiller d'État
NE	Alain Ribaux, conseiller d'État
GE	François Longchamp, président du Conseil d'État
JU	Elisabeth Baume-Schneider, ministre

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Les neufs conseillers d'État qui le composent sont issus de toutes les régions ; ce sont eux qui préparent les dossiers de l'Assemblée plénière. Selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009, ont le droit d'être représentés au sein du Bureau la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich. En 2015, le Bureau de la CdC était composé comme suit :

Canton	Représentants
VS / CGSO	Jean-Michel Cina, conseiller d'État, président
BE	Hans-Jürg Käser, président du Conseil-exécutif, vice-président
ZH	Ernst Stocker, président du Conseil d'État
SZ / ZRK	Kurt Zibung, conseiller d'État
GL / ORK	Andrea Bettiga, conseiller d'État
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État
TI	Norman Gobbi, président du Conseil d'État
GE / CGSO	François Longchamp, président du Conseil d'État
SO / NWRK	Esther Gassler, conseillère d'État, depuis le 19 juin 2015
JU / NWRK	Elisabeth Baume-Schneider, ministre, jusqu'au 19 juin 2015

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou de mandats spécifiques. Leur composition est détaillée dans l'annexe 2. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve dans l'annexe 3.

1.4 Secrétariat

En vertu de la convention sur la Conférence des gouvernements cantonaux, la CdC compte un secrétariat permanent dont la gestion a été confiée, lors de l'assemblée constituante, à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait joué un rôle prépondérant dans sa création. C'est donc la Fondation ch qui gère le Secrétariat de la CdC et sa directrice, Sandra Maissen, est aussi secrétaire générale de la CdC.

Fin 2015, le Secrétariat CdC emploie 29 collaborateurs (21,3 équivalents plein temps) : 22 personnes travaillent à la Maison des cantons à Berne, trois autres représentent la CdC auprès de l'administration fédérale (Direction des affaires européennes (DAE), Département fédéral de justice et police (DFJP), Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles) et 4 travaillent au secrétariat de la Fondation ch à Soleure (chef des Services généraux, états-majors Personnel et Finances). Les collaborateurs des Services généraux travaillent pour le Secrétariat CdC, pour l'exploitation de la MdC et pour la Fondation ch.

L'organigramme de la CdC se trouve dans l'annexe 1 du rapport.

Effectif au 31 décembre 2015

Direction

- Sandra Maissen, secrétaire générale
- Mariel Baumann, collaboratrice personnelle

Personnel

- Beatrice Müller, responsable

Finances

- Monika Zanon, responsable
- Rosmarie Bäumler, spécialiste Finances

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Daniel Arber, chef de service
- Christine Bonvin, traductrice
- Loan Breuleux, collaborateur Secrétariat MdC/CdC
- Daniel Bühler, informaticien
- Manuela Furrer, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC
- Diego Javier Glauser, collaborateur Secrétariat MdC/CdC
- Massimo Oberti, traducteur
- Stagiaire Accueil MdC
- Pascale Prisset, responsable du Service linguistique
- Céline Randier, traductrice
- Martin Rosenfeld, chef de projets

Politique extérieure CdC

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général adjoint
- Ursula Blumer, chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, suppléante du chef de service
- Réto Gasser, représentant des cantons auprès du DFJP
- Luca Gobbo, collaborateur scientifique
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons près la Maison de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Monika Tschumi, collaboratrice scientifique, suppléante de la chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE

Politique intérieure CdC / Coordination

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, chargée de communication CdC, suppléante du chef de service
- Mariel Baumann, collaboratrice scientifique
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT
- Carmen Grand, collaboratrice scientifique
- Nathalie Müller, stagiaire scientifique
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Années de service

Ursula Blumer, 15 ans

Réto Gasser, 10 ans

Nicole Gysin, 10 ans

02

2 Activités

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 *Assemblée plénière*

Au cours de l'exercice, l'Assemblée plénière s'est réunie en séance ordinaire les 20 mars, 19 juin, 25 septembre et 18 décembre. Hormis diverses prises de position (chap. 2.1.3), elle a traité les dossiers-clés suivants :

Généralités

Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. : généralités

Comme l'année précédente, l'Assemblée plénière CdC s'est penchée lors de chacune de ses réunions sur les conséquences de l'initiative Contre l'immigration de masse acceptée le 9 février 2014. Lors de l'assemblée du 20 mars 2015, la présidente du Conseil fédéral Simonetta Sommaruga et le secrétaire d'État Mario Gattiker ont fait le point sur l'état d'avancement des réflexions de la Confédération. Par ailleurs, l'Assemblée plénière a approuvé l'orientation de la position commune des cantons sur le projet mis en consultation par la Confédération. Lors de l'Assemblée plénière du 19 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur le projet mis en consultation par le Conseil fédéral le 11 février 2015 (chap. 2.1.3) et pris connaissance des premiers résultats de l'enquête sur l'évolution démographique du potentiel de main d'œuvre dans les différentes régions économiques. Le 25 septembre 2015, les organes compétents CdC ont été chargés d'examiner de près et à la lumière des nouvelles dispositions constitutionnelles les différentes options envisageables afin de poursuivre les relations avec l'UE. Lors de l'Assemblée plénière du 18 décembre 2015, les représentants des gouvernements cantonaux se sont lancés dans une nouvelle discussion de fond, de laquelle il est apparu que l'objectif stratégique des cantons est de maintenir la voie bilatérale, que les entretiens doivent être poursuivis avec l'UE pour trouver une issue et que toute solution unilatérale éventuelle visant à mettre en œuvre l'art. 121a Cst. ne saurait en aucun cas compromettre la collaboration présente ou future avec les partenaires européens de la Suisse.

Monitoring du fédéralisme 2014

Sur mandat de la Fondation ch pour la collaboration confédérale, la CdC procède chaque année, depuis 2005, à un monitoring de l'évolution du fédéralisme. Au cours de l'exercice sous revue, le chapitre sur l'activité législative cantonale a été considérablement augmenté, afin de montrer que les cantons ne sont pas uniquement des organes d'exécution de la Confédération, mais qu'ils font preuve d'un réel dynamisme et qu'ils sont à l'origine de solutions novatrices pour relever les défis du moment. L'enquête 2015 rend compte une fois encore de l'activité législative intense de la Confédération. Les cantons relèvent une tendance toujours plus marquée à la centralisation, mais ils jugent néanmoins la situation stable dans son ensemble. Ils estiment que la collaboration avec les instances fédérales pourrait être améliorée, si celles-ci leur accordaient, par exemple, une marge de manœuvre plus large et supprimaient avec détermination les réglementations et les contrôles inutiles et tatillons.

Communication CdC

Dans l'objectif de renforcer la communication, le Secrétariat a démarré un projet pilote de deux ans et mis en place un état-major Communication. Le 19 juin 2015, l'Assemblée plénière a adopté les mesures de mise en œuvre du plan de communication. Il a été décidé de publier une newsletter trimestrielle après chaque assemblée plénière, afin d'informer les cercles intéressés des travaux de la CdC. Elle traite des dossiers CdC, mais aussi de sujets particulièrement importants pour les cantons ; les conférences des directeurs sont donc amenées à s'exprimer régulièrement. L'idée est de présenter brièvement le point de vue des cantons sur des questions d'actualité. Deux newsletters ont été envoyées cette année, en septembre et en décembre : la première fait la part belle au fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA), la seconde s'attarde sur la législature 2015 – 2019.

Politique extérieure

Questions institutionnelles

L'Assemblée plénière CdC a été informée de la reprise en novembre 2015 des négociations sur un accord institutionnel avec l'UE, après pratiquement un an d'interruption.

Négociations sur l'électricité

L'Assemblée plénière CdC a pris acte de l'échec des efforts déployés en vue de conclure un accord intérimaire avec l'UE. Elle a été informée par ailleurs de l'état d'avancement des discussions au sujet des aides d'État. Enfin, elle a bien dû reconnaître que les négociations sont pratiquement au point mort.

Questions relatives aux droits de l'homme

En se fondant sur les travaux liminaires menés par le Secrétariat CdC en vue d'améliorer les procédures d'élaboration des rapports étatiques dans le domaine des droits de l'homme et sur les discussions du Bureau en la matière, l'Assemblée plénière a adopté le 20 mars 2015 le projet finalisé par la CdC sur le sujet. Elle a décidé dans le même temps d'appuyer le Conseil fédéral dans la création d'un organe de coordination dans le domaine des droits de l'homme, à condition que cet organe permette d'améliorer les procédures d'établissement des rapports étatiques.

En outre, l'Assemblée plénière s'est penchée sur l'évaluation du Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH). Après la décision du Conseil fédéral du 1^{er} juillet 2015 de reconduire le mandat du CSDH pour cinq ans au plus, l'Assemblée plénière a adopté une prise de position le 25 septembre, dans laquelle elle approuve la décision du Conseil fédéral (chap. 2.1.3).

Mandats de négociation relatifs à un accord de libre-échange avec les États AELE

L'Assemblée plénière CdC a examiné les trois mandats de négociation du Conseil fédéral relatifs à un accord de libre-échange avec les États AELE. Le 20 mars, elle a adopté la prise de position sur les Philippines, le 19 juin celle sur la Géorgie et le 25 septembre celle sur l'Équateur, toujours à l'unanimité (chap. 2.1.3).

Politique intérieure

Révision de la loi fédérale sur les étrangers

Depuis le « oui » à l'initiative « Contre l'immigration de masse » le 9 février 2014, la Confédération et les cantons ont examiné de près la mise en œuvre du nouvel article constitutionnel 121a Cst. et ils se sont attelés à la préparation d'un projet de loi. Le Secrétariat d'Etat aux migrations, en charge du dossier, a préparé un projet de révision de la loi fédérale sur les étrangers (LEtr) en prenant appui sur les travaux du groupe d'experts institué par la Confédération, dans lequel la CdC était représentée, et sur le plan de mise en œuvre approuvé le 20 juin 2014 par le Conseil fédéral. L'application de l'art. 121a Cst. a été débattue en parallèle lors des rencontres entre les délégations politiques du Conseil fédéral et de la CdC (chap. 2.1.4. – Dialogue Europe).

La consultation sur la révision de la LEtr, qui devait démarrer à la fin de 2014, a été retardée, le Conseil fédéral souhaitant intégrer dans le projet de consultation la réponse de l'UE sur une révision de l'ALCP. Le 11 février 2015, le Conseil fédéral a envoyé deux projets de loi en consultation : le premier était une révision de la LEtr en vue de la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et de la gestion de l'immigration ; le second proposait, sous forme de message additionnel, des compléments au projet de révision LEtr du 8 mars 2013 (intégration ; 13 030).

Réunis en Assemblée plénière le 20 mars, les gouvernements cantonaux ont eu l'occasion de mener une première discussion politique sur la révision de la LEtr, en présence de la cheffe du DFJP et du secrétaire d'Etat aux migrations. Une prise de position commune des cantons a ensuite été préparée en collaboration avec le groupe de travail CDEP présidé par le conseiller d'Etat Benedikt Würth, dont font partie l'Association des services cantonaux de migration (ASM) et l'Association des offices suisses du travail (AOST). Après consultation des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs concernées, l'Assemblée plénière du 19 juin a parachevé, puis adopté la prise de position (chap. 2.1.3). La position des cantons a été présentée lors d'une conférence de presse à l'issue de l'assemblée plénière.

Convention FKI plus

La nécessité de mobiliser le potentiel de main-d'œuvre nationale est admise par les milieux politiques. Confédération et cantons ont conclu en juin 2015 une convention à cette fin (FKI plus) et mis en place une organisation de projet pour répondre adéquatement à la demande de main-d'œuvre, en mobilisant le potentiel inexploité. Il s'agit aussi de rappeler qu'une économie compétitive comme celle de la Suisse ne saurait se passer de main d'œuvre étrangère, surtout en période de haute conjoncture. Quatre priorités ont été définies dans la convention : (1) encouragement de l'activité professionnelle, en particulier celle des femmes ; (2) maintien en emploi des séniors ; (3) engagement de mesures générales sur le marché du travail afin d'assurer la relève et de maintenir le personnel ; (4) meilleure intégration sur le marché du travail des réfugiés reconnus et des personnes admises à titre provisoire. Des projets et des initiatives ont été présentés lors de deux rencontres régionales organisées en 2015, le 22 octobre dans le canton de Vaud et le 26 novembre dans le canton de Saint-Gall, auxquelles a participé le chef du DEFR, le conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann.

Péréquation financière Confédération – cantons : détermination des contributions de base pour la période 2016-2019

Le 20 mars 2015, l'Assemblée plénière de la CdC a pris connaissance du désaccord entre le Conseil national et le Conseil des États concernant la dotation de la péréquation des ressources pour la période 2016-2019. Les représentants des gouvernements cantonaux ont considéré qu'il est important que cette divergence entre les deux Con-

seils puisse être éliminée et qu'il faut examiner la possibilité de proposer un accord politique entre les cantons pour débloquer la situation. Dès lors, l'Assemblée plénière de la CdC a invité son président à convoquer le Groupe de suivi politique mis en place pour élaborer un projet de prise de position sur le 2^e rapport sur l'évaluation de l'efficacité, afin de procéder à une analyse politique de la situation à l'issue de la session de printemps 2015 du Parlement fédéral et de débattre d'une éventuelle feuille de route à l'attention des gouvernements cantonaux.

Sur la base des travaux du groupe, un projet de solution politique a été soumis aux gouvernements cantonaux pour décision par voie de circulation. Cette solution politique a été adoptée par 19 cantons contre 6 ; un canton s'est abstenu.

Lors de la session d'été 2015, les deux Conseils se sont mis d'accord sur le montant de la réduction de la dotation de la péréquation des ressources pour la période 2016-2019. Le montant versé par la Confédération et les cantons à fort potentiel de ressources sera réduit de 165 millions de francs, conformément à la solution acceptée par les gouvernements cantonaux le 18 mai 2015.

Péréquation financière Confédération – cantons : groupe de travail politique des cantons

En vue de l'élaboration du 3^e rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière, l'Assemblée plénière CdC a décidé, le 25 septembre 2015, de créer un groupe de travail politique chargé de préparer, d'ici à l'été 2016, des propositions visant à améliorer le système de péréquation financière Confédération – cantons. La présidence a été confiée à M. Franz Marty, ancien directeur des finances du canton de SZ et spécialiste des finances publiques et de la péréquation financière. Trois conseillers d'État de cantons à fort potentiel de ressources (ZH, ZG et GE) et trois conseillers d'État de cantons à faible potentiel de ressources (SG, GR et VS) y sont représentés.

Le groupe de travail politique est chargé d'examiner les deux mandats d'évaluation des gouvernements cantonaux présentés dans la prise de position du 20 juin 2014 sur le 2^e rapport d'évaluation de l'efficacité et dans l'accord politique des cantons du 18 mai 2015. Il peut proposer d'autres solutions équitables afin d'optimiser et d'adapter le système de péréquation financière Confédération – cantons.

L'Assemblée plénière est informée de l'état d'avancement des travaux. En 2016, le groupe de travail politique présentera des recommandations qui seront mises en consultation auprès des gouvernements cantonaux.

Poursuite de la collaboration en matière de cyberadministration suisse à partir de 2016

Le 18 décembre 2015, l'Assemblée plénière a approuvé la convention-cadre de droit public 2016–2019 concernant la collaboration dans le domaine de la cyberadministration en Suisse et la nouvelle stratégie suisse en la matière. Les principes, dégagés lors d'un processus tripartite, ont été avalisés par le Conseil fédéral en novembre. Un groupe a été créé pour assurer le suivi technique, composé de spécialistes de la Confédération et des communes et de quatre représentants cantonaux désignés par le Bureau. Par ailleurs, les gouvernements cantonaux ont pu donner leur avis lors d'une procédure de consultation. L'Assemblée plénière du 19 juin a adopté une prise de position commune des cantons (chap. 2.1.3).

Grâce aux décisions du Conseil fédéral et de la CdC, Confédération, cantons et communes peuvent poursuivre leur collaboration dans le domaine de la cyberadministration. La Stratégie suisse de cyberadministration permettra de concentrer les efforts nationaux sur des projets et des tâches (« prestations ») stratégiquement importants. Ils seront financés par la Confédération et les cantons, qui prendront à leur charge aussi la direction opérationnelle Cyberadministration Suisse sur une base paritaire. L'enveloppe annuelle est de cinq millions de francs maximum. La stratégie sera mise en œuvre en suivant un plan stratégique. L'organisation a été modifiée, puisqu'un comité de planification prend place à côté du comité de pilotage ; celui-ci est responsable des décisions stratégiques, tandis que le comité de planification, composé de spécialistes de la cyberadministration de tous les échelons institutionnels, se concentre sur l'opérationnel. Les délégations cantonales au sein des deux comités agissent sur mandat de l'Assemblée plénière et du Bureau de la CdC.

Programme de législature de la Confédération

Les gouvernements cantonaux participent aux programmes de législature de la Confédération par l'intermédiaire de la CdC. En ce qui concerne le programme 2015–2019, cette participation s'est faite en deux temps, avec le soutien actif des conférences des directeurs : début février, le Bureau de la CdC a communiqué les premières réflexions des

cantons sur les champs d'action et sur les sujets prioritaires ; fin septembre 2015, les gouvernements cantonaux se sont prononcés sur les directives stratégiques du Conseil fédéral (lignes directrices et objectifs) pour la prochaine législature (chap. 2.1.3). Enfin, un entretien organisé en octobre à l'échelon gouvernemental a été l'occasion d'exposer au Conseil fédéral les attentes des cantons sur les orientations et les mesures (législatives) prioritaires.

Révision de la loi sur la consultation

La révision de la loi sur la consultation (LCo) a été adoptée en vote final par les Chambres fédérales le 26 septembre 2014. Elle tient compte, dans son ensemble, des revendications des cantons. La plupart des demandes défendues par la délégation de la CdC au sein du groupe de travail chargé d'élaborer les dispositions d'exécution ont été intégrées au projet d'ordonnance sur la consultation (OCo). La délégation cantonale a souligné l'importance politique du projet pour les cantons, insistant sur la nécessité de soumettre la version définitive aux gouvernements cantonaux le moment venu, pour leur permettre de prendre position. Après avoir remanié le projet, la Chancellerie fédérale l'a envoyé aux membres du groupe de travail, les priant de prendre position ; elle a ensuite ouvert la procédure de consultation sur le projet de révision OCo. Le 25 septembre, l'Assemblée plénière de la CdC a adopté la prise de position des gouvernements sur le projet (chap. 2.1.3). Les nouvelles dispositions entreront en vigueur le 1^{er} avril 2016. Selon les gouvernements cantonaux, il s'agira de mettre à jour le Guide de législation de l'Office fédéral de la justice et l'aide-mémoire de la Chancellerie fédérale sur la présentation des messages du Conseil fédéral (BOLF), et de sensibiliser les personnes responsables de projets législatifs au sein de l'administration fédérale.

Initiative « vache-à-lait »

Le 18 décembre 2015, l'Assemblée plénière de la CdC a recommandé le rejet de l'initiative populaire « Pour un financement équitable des transports », dite initiative « vache-à-lait », et décidé de mettre en place une communication officielle qui reflète le point de vue des cantons. L'initiative demande que la totalité de l'impôt sur les huiles minérales grevant le carburant soit affectée aux tâches liées à la circulation routière. Actuellement, une moitié des recettes est affectée à la route, tandis que l'autre moitié finit dans la caisse générale de la Confédération. Les cantons sont d'avis que l'initiative ferait perdre 1,5 milliard de francs par an à la Confédération, qui ne pourrait alors plus financer certaines tâches publiques fondamentales. Il en résulterait des transferts de charges sur les cantons, qui devraient se résoudre à réduire drastiquement leurs services ou à augmenter leurs impôts. Enfin, l'initiative compromet la politique des transports coordonnée de la Confédération et des cantons, dans la mesure où elle introduit une inégalité de traitement entre usagers de la route et usagers des transports publics.

2.1.2 Bureau

Le Bureau s'est réuni les 5/6 février (à Bruxelles), le 8 mai, le 28 août et le 13 novembre. Il a préparé les affaires de l'Assemblée plénière et s'est occupé des dossiers ci-après :

Généralités

Établissement de priorités pour les dossiers CdC

Une séance à huis clos a été organisée le 19 mai 2015 à l'initiative du président CdC pour faire un état des lieux et discuter du positionnement de la CdC et de son orientation stratégique. Les orientations stratégiques suivantes ont été discutées : (1) focalisation sur certains dossiers, (2) appui plus net à la CdC, (3) action plus efficace. Pour ce qui est de la focalisation, le Secrétariat de la CdC a établi des priorités ; elles seront réexaminées chaque année avant d'être soumises au Bureau de la CdC. Une répartition par catégories – 4 en tout – permet d'établir des priorités dans les dossiers : la catégorie A regroupe les dossiers prioritaires, pour lesquels la CdC sera appelée à jouer un rôle actif dans la préparation et le pilotage ; la catégorie B est celle des dossiers importants pour les cantons, mais qui ne nécessitent pas une stratégie coordonnée ; les dossiers de la catégorie C sont importants eux aussi, mais une action

directe est superflue pour autant ; la catégorie 0, enfin, contient les dossiers qui ne font pas (plus) partie des dossiers prioritaires suivis par la CdC. Les priorités ont été établies par le Bureau de la CdC le 13 novembre.

Il a été proposé, afin de renforcer le soutien à la CdC, d'organiser une rencontre annuelle pour les nouveaux élus des gouvernements ; la première aura lieu au printemps 2016.

Le sujet sur l'efficacité de l'action est déjà à l'étude ; il sera traité aussi dans le cadre du plan de communication.

Politique extérieure

Loi fédérale sur la collaboration avec les États de l'Europe de l'Est

La loi fédérale sur la coopération avec les États d'Europe de l'Est (LF Est) arrive à échéance fin mai 2017. Elle fixe le cadre juridique de la contribution de la Suisse à l'atténuation des disparités économiques et sociales dans l'Union européenne élargie (contribution à l'élargissement). Bien que cette contribution soit, d'un point de vue juridique, un engagement pris librement par la Suisse, elle n'en demeure pas moins de facto une condition de participation de la Suisse au marché intérieur de l'UE grâce à des accords bilatéraux. Le 17 décembre 2014, le Conseil fédéral a donc ouvert la procédure de consultation en vue de reconduire la LF Est. Le 5 février, le Bureau de la CdC s'est penché sur le dossier et a décidé de laisser le choix aux cantons de donner leur avis lors de la consultation.

Ratification du protocole additionnel à la Charte européenne de l'autonomie locale

Conclue en 1985 et ratifiée par la Suisse le 15 décembre 2004, la Charte européenne de l'autonomie locale est entrée en vigueur le 1^{er} juin 2005. En raison de la motion Minder déposée en 2014 (14.3674, Minder), qui demande la signature du protocole additionnel, le Département fédéral de justice et police (DFJP) a lancé une procédure de consultation en juin 2015. Le Conseil fédéral avait certes proposé le rejet de la motion, mais il s'était déclaré prêt néanmoins à envisager une signature. Saisi de la question le 28 août, le Bureau de la CdC a décidé de renoncer à une prise de position commune pour des motifs d'ordre fédéral et parce qu'aucune urgence de politique extérieure ne le justifie.

Politique intérieure

Réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons

Quelques années après la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches Confédération – cantons (RPT), la Confédération a relancé le débat sur la répartition des tâches. La motion 13.3363 acceptée au printemps 2015 demande au Conseil fédéral de soumettre au Parlement un réexamen complet de toutes les tâches communes, afin de permettre leur désenchevêtrement.

Dans leur prise de position du 20 juin 2014 sur le deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière, les gouvernements cantonaux exigent un suivi actif du partage des tâches et le désenchevêtrement des tâches assumées en commun, une demande réitérée dans le rapport Monitoring du fédéralisme 2011–2013. Dans ce contexte, la CdC a lancé le projet de réexamen de la répartition des tâches Confédération – cantons, afin de développer des idées en la matière et de les faire valoir à l'échelon fédéral. Il y a lieu de tenir compte non seulement des tâches financées en commun, mais de toutes les tâches dont la répartition et/ou le financement devraient être reconsidérés ou qui pourraient être réalisées avec davantage d'efficacité.

Toutes les tâches importantes ont été recensées et analysées jusqu'en fin d'année, en collaboration avec les secrétariats des conférences des directeurs. Concrètement, des fiches de travail ont été établies pour plus de 30 domaines de tâches ; elles permettront de poursuivre les travaux en 2016.

Protection juridique par le droit constitutionnel

En juin 2014, l'Assemblée plénière de la CdC a adopté le rapport Monitoring du fédéralisme 2011– 2013, le premier qui porte sur plusieurs années. On peut y lire que le fédéralisme ne peut subsister que si le respect des principes constitutionnels qui le fondent font l'objet d'un contrôle juridictionnel. Le Bureau de la CdC a donc décidé de solliciter une expertise sur la manière de renforcer la protection juridique lors de dissensions entre Confédérés.

2.1.3 *Prises de position*

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement reste garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (selon art. 147 Cst.)

Prise de position sur la révision de la loi sur les étrangers

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 19 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position sur les points suivants : a) révision de la loi sur les étrangers (LEtr) dictée par la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. ; b) message additionnel complétant le projet de loi du 8 mars 2013 concernant la modification de la LEtr (Intégration ; 13.030). Les cantons accueillent favorablement les propositions du Conseil fédéral, qu'ils considèrent comme un pas décisif dans la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. Ils insistent dans le même temps sur la nécessité de concevoir le système d'admission selon une approche fédérale. La gestion de l'immigration est une tâche souveraine de la Confédération et des cantons. Les contingents et les plafonds devront être établis *bottom-up* - c'est-à-dire en accord avec les cantons - une fois les besoins de main-d'œuvre clairement définis, puis validés par la commission de l'immigration, composée de représentants de la Confédération et des cantons. La réglementation applicable aux frontaliers doit être aussi fédérale que possible dans sa forme. Une appréciation définitive de la part des gouvernements cantonaux n'est envisageable qu'une fois qu'ils auront pris connaissance des résultats des pourparlers avec l'Union européenne sur la révision de l'ALCP. Il est fait remarquer par ailleurs que la voie bilatérale doit être poursuivie avec l'UE compte tenu des circonstances. S'agissant du message additionnel Intégration, les gouvernements cantonaux se félicitent de la volonté du Conseil fédéral de lever les entraves administratives à l'accès au marché du travail des réfugiés reconnus et des personnes accueillies à titre provisoire (suppression de l'obligation de payer la taxe spéciale sur le revenu de l'activité lucrative, remplacement de l'obligation d'obtenir une autorisation par une obligation de communiquer). Enfin, une augmentation substantielle du forfait d'intégration est souhaitable.

Prise de position sur l'ordonnance sur la consultation

Réunis en Assemblée plénière CdC le 25 septembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur le projet de révision de l'ordonnance sur la consultation (OCo). Le projet tient compte dans une large mesure des demandes émanant des gouvernements cantonaux. Selon le rapport explicatif, les commissions parlementaires et les Services du Parlement devront se conformer à l'avenir à l'OCo quand ils élaboreront des projets d'actes normatifs. Les gouvernements cantonaux se félicitent en particulier du complément proposé à l'ordonnance sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (OLOGA), qui impose à la Confédération d'associer les cantons aux travaux préparatoires et à la planification de l'exécution lorsque leurs « intérêts essentiels » sont touchés (art. 15a). Dans leur prise de position, les gouvernements cantonaux proposent des critères concrets.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

Prise de position sur l'évaluation du Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

Réunis en Assemblée plénière le 25 septembre 2015, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur l'évaluation du CSDH. Ils soutiennent la décision du Conseil fédéral de reconduire le CSDH pour une période de cinq ans au plus et de le pérenniser par la suite, le cas échéant sur une base juridique. Les gouvernements cantonaux soulignent qu'indépendamment de la forme définitive que prendra l'institution appelée à succéder au CSDH, elle devra satisfaire aux réalités de la Suisse. En plus d'accepter le fédéralisme et les différences d'exécution, elle devrait être présente sur plusieurs sites, afin de tenir compte des impératifs de la structure fédérale de la Suisse.

Prise de position sur le Programme de législature 2015-2019 de la Confédération

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 25 septembre 2015, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur le Programme de législature 2015-2019 de la Confédération, à l'intention du gouvernement fédéral. Les cantons soutiennent les lignes directrices et les objectifs du Conseil fédéral pour la législature en cours. Ils regrettent cependant qu'il ne soit pas prévu dans les objectifs de renforcer le fédéralisme et ils demandent au Conseil fédéral d'inverser la tendance à la centralisation, dans le domaine de l'aménagement du territoire ou dans celui de l'énergie, par exemple. Ils entendent disposer d'une marge d'action suffisante, notamment en matière financière, pour s'acquitter de leurs tâches. Dans leur prise de position, ils se prononcent sur les principaux enjeux des quatre prochaines années : développement de la péréquation financière nationale, réforme de l'imposition des entreprises III, mise en œuvre de l'initiative « Contre l'immigration de masse » et conséquences qu'elle aura sur les relations futures avec l'UE.

Prises de position dans le cadre de la participation des cantons aux décisions de politique extérieure (art. 55 Cst.)

Prises de position sur les mandats de négociation en vue de la conclusion d'un accord de libre-échange avec les Philippines, la Géorgie et l'Équateur

Dans leur prise de position sur les mandats de négociation en vue de la conclusion d'un accord de libre-échange avec les Philippines (20 mars 2015), avec la Géorgie (19 juin 2015) et avec l'Équateur (25 septembre 2015), les gouvernements cantonaux soutiennent les efforts du Conseil fédéral pour permettre à l'économie suisse d'accéder au plus grand nombre de marchés étrangers à des conditions stables, prévisibles, si possible sans entraves et non discriminatoires, aussi en dehors du marché intérieur de l'Union européenne. Ils se félicitent donc de l'ouverture des négociations avec ces trois pays, en rappelant les compétences et les intérêts prépondérants des cantons.

Prises de position adoptées dans le cadre d'auditions organisées par d'autres institutions

Prise de position sur la poursuite du projet de cyberadministration suisse à partir de 2016

Réunis en Assemblée plénière CdC le 19 juin 2015, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur les documents de base de la collaboration dans le domaine de la cyberadministration à partir de 2016 (projets Stratégie suisse de cyberadministration, convention-cadre sur la collaboration dans le domaine de la cyberadministration à partir de 2016, présentation du plan stratégique). Les gouvernements cantonaux approuvent l'orientation donnée à la collaboration en matière de cyberadministration. Ils sont favorables à une concentration des efforts communs sur quelques points forts. L'organisation de la collaboration proposée dans la convention-cadre a été jugée adéquate dans son ensemble ; plusieurs améliorations ont néanmoins été proposées. Les cantons estiment

trop élevés les 8 millions de francs de dépenses annuelles cumulées pour le plan stratégique et la direction opérationnelle figurant dans les documents de consultation. Il a été tenu compte dans une large mesure des demandes des cantons au moment de reformuler les principes. L'enveloppe budgétaire pour le plan stratégique et la direction opérationnelle ayant été fixée à 5 millions de francs maximum, la part cantonale annuelle ne dépassera pas 2,5 millions de francs.

2.1.4 *Collaboration Confédération – cantons*

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Les délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent deux fois par an pour un « Dialogue confédéral ». Ces rendez-vous sont l'occasion de partager des informations et des points de vue sur des sujets importants touchant à la coopération et au fédéralisme.

En 2015, les réunions se sont tenues le 20 mars et le 13 novembre. Les sujets abordés ont été les suivants, entre autres : relations Suisse – UE (mise en œuvre de l'art. 121a Cst., coordination et questions institutionnelles), mobilisation du potentiel de main-d'œuvre étrangère et convention FKI plus, Programme de stabilisation 2017–2019 de la Confédération, prise de position du Conseil fédéral sur les propositions des cantons au sujet des mesures destinées à renforcer le fédéralisme (rapport Monitoring du fédéralisme 2011–2013), Monitoring du fédéralisme 2014, Conférence nationale sur le fédéralisme, péréquation financière et répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, situation dans le domaine de l'asile, dialogue avec les musulmans.

Dialogue Europe

La coopération entre la Confédération et les cantons est d'une importance primordiale pour le développement des relations bilatérales entre la Suisse et l'UE, vu l'impact de nombreux accords bilatéraux sur les compétences et les tâches d'exécution des cantons. La Constitution fédérale et la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération définissent les compétences et les responsabilités de la Confédération et des cantons, les droits d'information et de consultation des cantons et leurs modalités de participation. Considérant le resserrement des relations entre la Suisse et l'UE, le développement de la voie bilatérale et les défis institutionnels en jeu, la collaboration entre la Confédération et les cantons est d'une importance croissante. Pour renforcer et améliorer encore cette collaboration, la Confédération et les cantons ont instauré un organe directeur permanent dédié à l'échange d'informations et détaillé les modalités dans une convention.

Les délégations de la Confédération et des cantons se sont rencontrées le 28 janvier, le 22 avril, le 23 juin, le 17 août, le 7 octobre, le 26 octobre et le 30 novembre. Comme en 2014, la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. a été au centre des entretiens. D'autres sujets ont cependant été abordés : négociation d'un accord-cadre institutionnel Suisse – UE, participation aux programmes, négociations sur l'électricité, services financiers, dossiers fiscaux.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres. Pour entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et intensifier les échanges de vues, des représentants du Bureau CdC et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chaque Stammtisch est consacré à un sujet politique d'actualité.

Quatre réunions ont eu lieu lors des sessions des Chambres fédérales en 2015. Les discussions ont porté sur les sujets suivants : l'économie suisse au lendemain de la décision de la BNS d'abolir le cours plancher franc suisse/euro, le fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération, la deuxième étape de la révision de la loi sur l'aménagement du territoire, la stratégie énergétique 2050, la réforme de l'imposition des entreprises III et le programme de législation 2015–2019.

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Ce forum, qui réunit deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau CdC, se propose d'aborder des sujets d'actualité politique ou des questions de collaboration entre ces deux organes.

Les sujets à l'ordre du jour le 8 mai et le 21 septembre étaient, outre la collaboration entre le Conseil des États et la CdC, la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., la mobilisation de la main d'œuvre nationale et la convention FKI plus, la Conférence nationale sur le fédéralisme, le monitoring du fédéralisme, la péréquation financière Confédération – cantons, la réforme de l'imposition des entreprises III et le Dialogue avec les communautés religieuses.

Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier ou non les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent à leurs intérêts essentiels.

C'est afin d'assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont convenu, le 7 octobre 1998, d'associer plus étroitement les représentants des cantons (conférences des directeurs ou CdC) aux travaux des commissions du Conseil des États. En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États transmet à la CdC avant le début de la session une liste des dossiers que les commissions auront à traiter. En 2015, la délégation CdC a participé à l'audition suivante :

Date	Commission	Objet parlementaire
9.2.2015	CdF-N	Message du 3 septembre 2014 concernant la dotation de la péréquation des ressources et de la compensation des charges entre la Confédération et les cantons pour la période de contribution 2016 à 2019

2.1.5 *Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales*

Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs

Institués en 2010 à l'instigation de la CdC, les colloques politiques réunissent les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. La première partie du colloque des 29 et 30 janvier 2015 a été l'occasion de procéder à un partage d'informations et d'opinions sur les priorités de travail dans des domaines politiques d'intérêt commun. En deuxième partie, les participants ont discuté migration et fédéralisme, deux sujets qui les concernent. La troisième partie du colloque était dédiée à des questions concrètes de collaboration entre les conférences et à d'autres sujets particuliers, tels que l'association des cantons au Programme de législation 2015-2019 de la Confédération, les flux migratoires dans le domaine de l'asile et l'action qu'ils nécessitent ou l'état d'avancement du dossier Dialogue avec les musulmans.

Lors de la séance des présidences du 1^{er} octobre 2015, il a été question avant tout de politique européenne et d'immigration, mais aussi du réexamen des tâches Confédération – cantons et de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, entre autres.

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo)

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est géré par la CdC, a pour vocation d'assurer, entre les conférences des directeurs, la coordination des tâches de suivi des affaires fédérales et de favoriser la collaboration et la communication entre ses membres. En 2015, elle s'est réunie à quatre reprises. Ces séances ont permis, entre autres, de coordonner les activités de suivi des projets de la Confédération en attribuant la responsabilité du suivi des dossiers à une conférence (conférence responsable). La CoSeCo s'est également prononcée sur l'association des cantons à la mise en œuvre du droit fédéral et sur le projet de réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.

La CoSeCo dispose d'une base de données des affaires pour assurer la coordination des tâches entre les conférences des directeurs. Les informations sont disponibles en français depuis novembre 2015. Par ailleurs, un manuel d'utilisation présentant les fonctionnalités les plus importantes a été établi par la CdC afin de répondre aux besoins des utilisateurs. La CoSeCo a été associée au projet de création d'une plateforme informatique de monitoring des dossiers de la Confédération (chap. 2.2.1).

Une journée de formation continue a été organisée le 16 septembre pour la CoSeCo. Les présentations et les échanges ont porté sur l'application des principes constitutionnels de partage des tâches (principe de subsidiarité, principe de l'équivalence fiscale et principe de l'autonomie des cantons). Des exposés, des travaux en groupe et des discussions ont permis d'établir les critères à respecter pour compléter les formulaires qui servent à l'élaboration du rapport sur le monitoring du fédéralisme.

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétariats des conférences gouvernementales régionales et le secrétaire de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 26 mai et le 20 octobre, en présence de la secrétaire générale de la CdC, pour un échange d'informations sur divers sujets d'actualité.

2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Base de données Monitoring

Depuis près de deux ans, la coordination technique entre le Secrétariat CdC et les secrétariats des autres conférences s'effectue grâce à la base de données des affaires. Dans sa version électronique, elle est utilisée aussi pour le monitoring du fédéralisme de la Fondation ch, auquel participent l'ensemble des conférences. La forme que nous connaissons présente bon nombre d'inconvénients, raison pour laquelle la CdC a décidé, en juin 2015, de développer une nouvelle base de données. L'impulsion est venue des cantons, qui en ont grand besoin pour leurs travaux de monitoring de la politique fédérale ; or, les possibilités techniques sont encore limitées. La CdC a lancé dans la foulée le projet Monitoring des objets parlementaires de la Confédération à l'intention des conférences et des cantons. Il a franchi une étape décisive en décembre 2015, puisque la réalisation a été confiée à la société bernoise Weblaw, qui a déjà commencé son travail. L'objectif est d'activer la base de données à l'automne 2016. La nouvelle formule se veut plus simple et plus rapide, donc plus conviviale pour les utilisateurs.

Conférence nationale sur le fédéralisme

L'Assemblée plénière CdC du 20 mars a dressé un bilan positif de la 4^e Conférence nationale sur le fédéralisme des 27 et 28 novembre 2014 à Soleure. Intitulée « Le fédéralisme à l'épreuve de la cohésion et de la solidarité », elle a rassemblé environ 200 participants du monde politique, de l'économie, des sciences, de l'administration et de la société civile. Les discussions et les échanges ont été fructueux. La conférence a montré que le fédéralisme est bien vivant et qu'il contribue à la cohésion nationale. La 5^e Conférence nationale sur le fédéralisme aura lieu les 26 et 27 octobre 2017 à Montreux. Les préparatifs vont bon train sous la houlette du canton de Vaud.

Forum des fédérations

La collaboration s'est poursuivie en 2015. La CdC a soutenu les travaux du Forum des fédérations (FoF) par une participation financière et par sa présence au sein du Conseil stratégique consultatif, qui s'exprime sur l'orientation stratégique du Forum et discute des priorités du moment. Du 16 au 19 mars, la Suisse a accueilli la réunion de son comité (*Board of Directors*). Le canton d'Argovie avait proposé d'organiser la rencontre et la soirée du 17 mars. Le lendemain, les participants ont visité Berne. La CdC a organisé une manifestation publique à la Maison des cantons sur le sujet *Centralization and federalism (trends and solutions)*, au cours de laquelle le conseiller d'État Benedikt

Würth (SG) a exposé le point de vue des cantons et animé une table ronde qui a réuni des membres du Comité venus d'Allemagne, d'Australie, du Brésil, du Canada, d'Éthiopie, du Pakistan et de Suisse.

Délégations en visite

La CdC reçoit chaque année des délégations suisses et étrangères intéressées par le fédéralisme, le système politique helvétique ou la péréquation financière. Voici les délégations accueillies en 2015 à la Maison des cantons :

Date	Délégation / pays
04.03.2015	Parlement danois
19.03.2015	Étudiants de la Haute école de Saint-Gall
22.04.2015	Myanmar
03.07.2015	Conférence législative intercantonale
18.08.2015	Télévision sud-coréenne (KSB)
28.08.2015	Délégation de la Ville de Vienne
31.08.2015	<i>Practitioner's Course</i> IFF (pays de provenance : Afghanistan, Albanie, Colombie, Éthiopie, Népal, Norvège, Somalie, Soudan du Sud, Ukraine, Zimbabwe).
12.11.2015	Bolivie
09.12.2015	Vice-Premier ministre somalien
10.12.2015	Myanmar

Rapport financier 2014 des conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2014 a été présenté pour information à l'Assemblée plénière du 18 décembre 2015, puis transmis à toutes les conférences des directeurs.

2.2.2 Politique extérieure

Parmi les nombreuses activités en lien avec la défense des intérêts des cantons dans les dossiers de politique extérieure, et en sus de celles déjà citées (chap. 2.1), figurent les activités suivantes :

Politique européenne

Comme les années précédentes, les groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux réunions des comités mixtes Libre circulation des personnes, Marchés publics et Transports terrestre et aérien. Par ailleurs, l'organisation d'accompagnement de la CdC a poursuivi ses tâches d'observation et d'analyse des développements des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE.

Conjointement avec la CDEn, le Secrétariat CdC a accompagné les négociations engagées en novembre 2007 avec l'UE relatives à un accord dans le domaine de l'électricité.

Un représentant du Secrétariat a participé aux négociations réentamées en 2015 avec l'UE sur un accord cadre institutionnel.

AELE

Le groupe de travail *Services* a suivi l'intense activité de la Confédération en vue de la conclusion d'accords de libre-échange et l'actualisation et le développement d'accords avec des États tiers hors UE, de type bilatéral ou conclus dans le cadre de l'AELE.

OMC/AGCS

Le Secrétariat CdC a observé les avancées des négociations en cours à l'OMC. Une attention particulière a été accordée aux discussions sur un nouvel accord plurilatéral sur le commerce de services (ACS/TISA).

Organisation d'accompagnement Schengen/Dublin

L'Organisation d'accompagnement intercantonale Schengen/Dublin (OASD) de la CdC, qui compte des représentants politiques et des experts, a participé avec des représentants de la Confédération aux réunions des comités mixtes et des groupes de travail de l'UE dédiés à Schengen/Dublin. Les discussions ont porté sur les flux migratoires et les actes de terreur qui ont frappé l'Europe en 2015.

Schengen/Dublin : protection des données

Le groupe de travail *Protection des données* a suivi l'élaboration du paquet relatif à la protection des données de l'UE. Les membres du groupe de travail ont participé à de nombreuses réunions à Bruxelles, ayant trait notamment à la directive sur la protection des données concernée par Schengen. Ces travaux ont porté sur la reprise et la mise en œuvre des développements de l'acquis de Schengen/Dublin.

2.2.3 Politique intérieure

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

En se fondant sur le rapport du 13 février 2012 visant à améliorer la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, la CdC et la Confédération ont concrétisé les mesures proposées et préparé leur mise en œuvre. Citons le guide de traitement des consultations rédigé par le groupe de travail *Mise en œuvre du droit fédéral*. L'Assemblée plénière du 19 juin 2015 en a pris acte, puis le document a été remis aux gouvernements cantonaux, afin qu'ils en recommandent l'usage à leurs administrations lors des procédures de consultation de la Confédération.

Mentionnons aussi l'étude du Bureau Vatter, commandée par la CdC, consacrée à l'association des cantons aux travaux législatifs préparatoires. L'étude a abouti à un rapport intitulé « Formes et procédures d'implication précoce des cantons lors de l'élaboration d'avant-projets d'actes législatifs fédéraux ». Il indique des possibilités concrètes d'adaptation et d'amélioration des processus sous forme de recommandations à l'attention de la Confédération et des cantons. Il a été remis à l'Assemblée plénière du 25 septembre 2015. Il est prévu que la CdC adresse un courrier au Conseil fédéral qui fera état des recommandations du rapport et des attentes des cantons envers la Confédération. Il est aussi prévu que le document de travail élaboré par l'Office fédéral de la justice (OFJ) et le Secrétariat CdC en vue de coordonner la mise en œuvre du droit fédéral soit validé, avant d'être appliqué.

Réforme de l'imposition des entreprises (RIE III)

Le 5 juin 2015, le Conseil fédéral a publié son message. Par rapport à la prise de position de la CdC du 19 décembre 2014, les divergences entre le Conseil fédéral et les cantons portent principalement sur 3 points. Tout d'abord, le Conseil fédéral prévoit que les coûts des mesures de compensation verticales seront assumés à parts égales par la Confédération et les cantons. La part des cantons au produit de l'impôt fédéral direct (IFD) passera ainsi de 17 % à 20,5 %. Les cantons estiment que la juste répartition des coûts devrait être de 40% à leur charge et de 60 % à la charge de la Confédération. Il en résulte que la part des cantons à l'IFD devrait passer de 17 % à 21,2 % compte tenu de l'exploitabilité différente entre la Confédération et les cantons des revenus des sociétés jouissant d'un régime

fiscal spécial. Ensuite, le Conseil fédéral entend supprimer le droit de timbre d'émission sur le capital propre. Les cantons proposent de ne pas retenir cette mesure fiscale. Enfin, les dispositions concernant la déclaration des réserves latentes ont été modifiées par rapport au projet mis en consultation. La méthode pour prendre en compte les réserves latentes présentée dans le message du Conseil fédéral est différente de celle mise en consultation.

Par ailleurs, le Conseil fédéral propose une nouvelle mesure fiscale prévoyant de donner la possibilité aux cantons de relever les montants des déductions accordées sur les dépenses consenties en faveur de la recherche et du développement. Une minorité de cantons demandait d'examiner une telle mesure. Cependant, le Conseil fédéral renonce à introduire une taxe au tonnage, car cette mesure ne serait pas compatible avec les exigences de la Constitution. Une minorité de cantons y était favorable.

Le 14 décembre 2015, le Conseil des États a accepté le projet de RIE III amendé. Les modifications concernent des demandes des cantons sur les points suivants : augmentation de la part des cantons à l'impôt fédéral direct et maintien du droit de timbre d'émission sur le capital propre. Le Conseil des États ne s'est pas rallié à la solution proposée par le Conseil fédéral concernant l'imposition partielle des dividendes. Cette solution était soutenue par les cantons.

Programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014

Dans le cadre de la session d'été du Conseil des États, le Parlement a mis sous toit le programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014, non sans procéder à certaines coupes. Les mesures envisagées permettront d'économiser 630 millions de francs sur le budget de l'État, soit 100 millions de francs de moins que ce que le Conseil fédéral avait prévu. Celui-ci a proposé deux coupes assez importantes, qui n'ont pas été retenues : 50 millions de moins d'aide à la presse et 57 millions de moins de subventions agricoles. La CdC suivra attentivement les débats parlementaires. Les cantons estiment que le CRT définitif ne comporte pas de problèmes majeurs.

Programme de stabilisation 2017-2019

Même si elle réalise le CRT, la Confédération devra poursuivre ses efforts. Le budget 2016 devra être revu à la baisse et le budget 2017 devrait comporter lui aussi des mesures d'économie de quelques milliards de francs. Le Conseil fédéral a mis en consultation le programme de stabilisation 2017-2019 le 25 novembre 2015. La CdC a élaboré à la fin de l'année, de concert avec les conférences des directeurs, un projet de prise de position à l'intention des gouvernements cantonaux.

État-major fédéral ABCN

Afin d'améliorer l'organisation des interventions en cas de sinistres de portée nationale, le Conseil fédéral a adopté, à l'automne 2010, la nouvelle ordonnance sur l'organisation des interventions en cas d'événement ABC et d'événement naturel. Au niveau fédéral, la conduite est harmonisée sous la responsabilité d'un état-major fédéral ABCN (EMF ABCN), qui regroupe une vingtaine d'instances fédérales. La coordination avec les cantons est assurée par la CdC et plusieurs conférences des directeurs (CCDJP, CDEn, CDS et CG MPS) siègent au sein de l'EMF ABCN. Les travaux prioritaires en 2015 ont été l'évaluation de l'Exercice du Réseau national de sécurité (ERNS 14) et les développements qui en découlent pour l'état-major.

Rapport du Conseil fédéral relatif à la mise en œuvre de l'art. 50 Cst.

En réponse à deux postulats de même teneur (Fluri 13.3820 et Germann 13.3835), le Conseil fédéral a été chargé d'élaborer un rapport sur la mise en œuvre de l'article 50 (« article sur les communes »). L'Office fédéral de la justice (OFJ), responsable du dossier, a institué un groupe de suivi pour l'élaboration du rapport, auquel ont participé la CdC et les associations communales. Dans son rapport du 13 mars 2015, le Conseil fédéral relève que les communes se sont renforcées en tant qu'institutions et qu'elles ont gagné en visibilité dans le droit constitutionnel depuis l'entrée en vigueur de la nouvelle Constitution. Il rappelle que la Confédération a engagé différentes mesures, notamment la création de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA), la ratification de la Charte européenne de l'autonomie communale et, en 2015, l'approbation de stratégies en matière de politique pour les agglomérations et pour les espaces ruraux et les régions de montagne. Le Conseil fédéral propose plusieurs mesures pour mieux tenir

compte des intérêts des communes, des villes, des agglomérations et des régions de montagne dans l'élaboration des actes.

Solution de compromis Confédération – cantons sur l'arrêté sur le réseau des routes nationales

Le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont adopté en 2010 une solution de compromis destinée à régler certains dossiers de politique budgétaire en suspens dans les relations Confédération-cantons. Il a aussi été convenu d'examiner, dans le cadre de l'arrêté fédéral sur le réseau des routes nationales et son financement (arrêté sur le réseau), l'option d'une réduction des subventions routières allouées aux cantons de 30 millions de francs au lieu de 105, ce qui augmenterait les moyens à disposition pour la construction de routes nationales. Début 2013, le Parlement a adopté l'arrêté qui prévoit l'intégration dans le réseau des routes nationales de 400 kilomètres de tronçons existants, jusqu'ici routes cantonales. Sa réalisation a cependant été compromise par le refus en votation du financement par une augmentation du prix de la vignette autoroutière. Contre l'avis du Conseil fédéral, les cantons ont demandé que le financement soit réglé par la création d'un fonds pour les routes nationales (FORTA). En septembre 2015, le Conseil des États a renvoyé le projet à sa Commission des transports (CTT-E) en la chargeant d'y intégrer l'arrêté sur le réseau et d'en régler le financement. Afin de trouver une solution viable, la CTT-E a invité les cantons en octobre à prendre position, en leur demandant de cofinancer l'arrêté par une participation illimitée dans le temps, équivalente à 60 millions de francs. La Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP) a mené une consultation auprès de tous les gouvernements sur l'augmentation de la part des cantons. Les résultats de la consultation n'étaient pas connus à la fin de l'exercice.

Programme national de prévention Jeunes et violence

Dans le cadre du programme national de prévention « Jeunes et violence », la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont convenu il y a cinq ans de collaborer en vue de prévenir les comportements violents des jeunes et de les combattre. Un groupe tripartite – la CdC a désigné les représentants des cantons – a été instauré pour le pilotage stratégique des activités du programme. En mai 2015, le Conseil fédéral a tiré un bilan final positif : la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont adopté une approche partenariale qui leur a permis de réunir des spécialistes, afin d'améliorer l'efficacité de la prévention en Suisse. Le site Internet www.jeunesetviolence.ch a été fréquemment consulté et la newsletter a été lue régulièrement par plus de 1000 personnes. Le programme a donné lieu à 14 publications et à 20 projets ; trois conférences nationales ont permis aux spécialistes de partager leurs connaissances, à Berne (2011), à Genève (2013) et à Lugano (2015). Les cantons prendront le relais : à partir de 2016, le site Internet, les newsletters et les rencontres du réseau des instances cantonales et communales seront repris par la Prévention suisse de la criminalité (PSC), sur mandat de la Conférence intercantonale des directeurs de justice et police (CCDJP).

Dialogue avec les musulmans

À la demande de la cheffe du DFJP, le Secrétariat CdC a mené une enquête auprès des services communaux et cantonaux de l'intégration, afin de savoir quelles activités ils organisaient pour la population musulmane. L'enquête a révélé que les cantons accordent, dans leur majorité, une grande importance au dialogue interreligieux. Afin d'assurer la coopération et l'échange d'informations entre les services de l'État et les représentants et les organisations de la population musulmane, ils sont invités par les pouvoirs publics à participer à des manifestations ou à siéger au sein de commissions qui étudient les migrations ou l'intégration. Des rencontres destinées à favoriser les échanges ou à nouer des relations sont en outre organisées pour les associations d'immigrés, pour les associations actives dans le travail interculturel et pour les communautés religieuses. De plus, des réunions ont lieu régulièrement dans les cantons avec les imams et les organisations musulmanes. En contrepartie, les représentants de l'État visitent les mosquées et sont invités à des assemblées ou à des fêtes musulmanes. Les spécialistes des cantons et des communes ont analysé les souhaits exprimés par les musulmans lors de la rencontre politique qui a eu lieu en 2012. Ils ont traité l'information et à la sensibilisation de la population, à la protection contre la discrimination, aux lieux de prière et à l'inhumation des musulmans. Cela étant, d'autres sujets ont été abordés un peu partout ces dernières années : formation (continue) des personnes qui assurent l'encadrement religieux, aumônerie musulmane dans les hôpitaux et les

prisons, formation religieuse dans les écoles publiques ou encore reconnaissance et valorisation des communautés religieuses.

Projet de territoire Suisse

Le processus d'approbation à tous les niveaux de l'État a abouti à la publication du Projet de territoire Suisse à la fin 2012. Le groupe d'accompagnement politique s'est réuni pour la dernière fois en janvier 2013, marquant ainsi la dissolution formelle de l'organisation de projet tripartite instaurée en 2006 par le DETEC, la CdC, la DTAP et les associations communales.

Le Projet de territoire Suisse prévoit que des travaux de suivi seront entrepris par les trois échelons institutionnels. La réalisation du Projet de territoire Suisse sera évaluée et adaptée après cinq ans. Afin d'observer l'évolution de la situation, une équipe tripartite a été instituée ; elle se compose des secrétariats des organismes responsables. La responsabilité en incombe à l'Office fédéral du développement territorial (ARE).

L'équipe tripartite s'est réunie à deux reprises en 2015. Elle a concentré ses activités sur les échanges nouvellement instaurés avec des représentants des sciences traitant du territoire sur les tendances et les enjeux du développement territorial. Les discussions portaient pour l'essentiel sur la participation de la population. Autre point fort des travaux : les préparatifs conceptuels du reporting sur le Projet de territoire Suisse qui aura lieu en 2017.

Conférence tripartite sur les agglomérations

À la fin 2011, le Conseil fédéral, la CdC et les associations communales ont décidé de pérenniser la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA). La présidence et son secrétariat sont assurés par la CdC.

Voici les principaux dossiers CTA en 2015 :

- association de l'espace rural à la collaboration tripartite ;
- travaux de suivi du rapport « Le b.a.-ba du développement urbain durable » du collectif Büro für Stadt- und Agglomerationsentwicklung et metron ;
- Dialogue CTA sur l'intégration.

La délégation cantonale auprès de la CTA, qui se compose du président CTA et de huit conseillers d'État, a présenté le point de vue des cantons sur ces dossiers. Afin de préparer la position des cantons, le Secrétariat CdC a mené des consultations auprès des délégations CTA avant les séances.

2.2.4 Mandats

Secrétariat de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

En vertu de la Convention relative à la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) et du contrat de prestations qui lie les secrétariats des membres CTA, la CdC gère le Secrétariat CTA. Ses travaux ont porté sur les préparatifs et le suivi des séances CTA des 26 juin et 19 novembre et des séances du Groupe de travail technique (GTT) des 6 mai et 16 septembre. Le Secrétariat a accompagné les projets CTA en cours. Il a fourni une aide technique et administrative à chacune des directions de projet tripartites et a assuré la coordination avec les mandataires externes. Voici les principales priorités de travail :

Association de l'espace rural à la collaboration tripartite

Depuis la révision de sa convention en 2011, la CTA s'est fixé comme objectif de démontrer comment les espaces ruraux peuvent être associés à la collaboration tripartite. En mars 2014, un rapport d'experts a présenté plusieurs modèles et des recommandations à l'intention de la direction de projet tripartite. Le 27 juin 2014, la CTA a chargé le Secrétariat de consulter les membres CTA et les milieux intéressés.

La CTA du 26 juin 2015 a été informée des résultats de la consultation : les membres CTA sont nombreux à adhérer aux recommandations de la direction de projet. Les questions en suspens à propos de l'évolution de la CTA vers une conférence tripartite (CT) ont pu être clarifiées le 4 novembre lors d'une rencontre politique entre la chancelière de la Confédération et les présidents de la CdC, de l'Union des villes suisses (UVS) et de l'Association des communes

suisses (ACS), dirigées par le président CTA. La discussion a été menée sur l'avant-projet de convention portant création d'une conférence tripartite (CT) calquée sur le modèle de la CTA et sur une première liste des sujets envisageables ayant trait à la nouvelle collaboration tripartite. Les présidents des parties CTA ont convenu que le GTT élaborerait, à l'intention de la CTA du 1^{er} juillet 2016, des projets de convention et le programme de travail 2017-2021. La CTA mènera ensuite une consultation auprès de ses membres.

Développement durable de l'urbanisation

Lors de sa séance du 31 octobre 2014, la CTA a adopté le rapport « Le b.a.-ba du développement urbain durable » du collectif Büro für Stadt- und Agglomerationsentwicklung et metron, qui est l'aboutissement d'un projet qui aura duré deux ans. Le rapport explicite neuf exigences et les illustre par des exemples ; il revient également sur les responsabilités qui incombent aux acteurs que sont la Confédération, les cantons, les villes et les communes et il définit leurs attributions. La CTA a décidé de publier le rapport et d'organiser un séminaire.

Étant donné que différents acteurs, parmi lesquels l'Union patronale suisse et le Programme national de recherche PNR 65 « Nouvelle qualité urbaine », avaient prévu, en 2015, des rencontres consacrées au développement urbain durable ou au développement vers l'intérieur, il a été décidé de mettre sur pied conjointement le 29 mai à Soleure un congrès intitulé « Densifier par un bâti de qualité ». Le congrès a été l'occasion de présenter le rapport « Le b.a.-ba du développement urbain durable ». Le congrès a suscité un vif intérêt ; la participation a été élevée, puisque toutes les places ont trouvé preneur (500 personnes).

Dans la foulée des travaux découlant du rapport, les présidences CTA, DTAP, ASC et UVS ont discuté le 17 août avec la cheffe du DETEC du bien-fondé d'une incitation nationale au développement territorial de qualité vers l'intérieur. La cheffe du DETEC a adhéré au principe d'une incitation limitée dans le temps et assuré les participants d'un financement par la Confédération pour la période 2016-2020. Le Parlement devra accorder un crédit additionnel. L'incitation vise en priorité l'échelon communal, principal acteur de la mise en œuvre de la densification. Afin d'obtenir rapidement les effets escomptés, cette incitation bénéficiera aux pratiques qui ont fait leurs preuves, raison pour laquelle le financement de l'ASPAN-VLP sera renforcé.

Vue d'ensemble de la collaboration telle qu'elle est vécue aujourd'hui dans les agglomérations

Ces dernières années, les agglomérations ont considérablement intensifié leur collaboration. La CTA a donc décidé de mettre à la disposition des décideurs et des praticiens, tous échelons confondus, une vue d'ensemble aussi complète que possible des expériences réalisées jusqu'ici. La CTA a confié l'étude au bureau Ecoplan et institué un groupe de pilotage tripartite pour suivre les travaux. Un bref sondage auprès des cantons a permis d'obtenir un aperçu des structures impliquées et de compiler les bases légales cantonales. Dans un second temps, un sondage exhaustif a été mené par écrit sur les structures de collaboration mentionnées par les cantons. Le rapport final sera publié début 2016.

Politique d'intégration des étrangers

Un autre point fort de l'activité du Secrétariat a été le dialogue sur l'intégration, qui se développe autour de trois axes : le premier, « Le travail – donner sa chance, saisir sa chance », s'est clos le 26 janvier sur un constat positif au niveau politique. La mise en œuvre est bien avancée, puisque la collaboration public-privé s'est renforcée dans différents domaines. L'accent a été mis sur l'intégration dans le marché du travail des personnes admises à titre provisoire et des réfugiés reconnus. Le deuxième Dialogue, « Dès la naissance - Entrer dans la vie en bonne santé », porte sur la petite enfance. Le 8 avril, les partenaires du dialogue ont dressé un bilan intermédiaire réjouissant : les bonnes pratiques, toujours plus nombreuses, sont mises en ligne sur le site Internet www.dialog-integration.ch. Les recommandations de la CTA ont été insérées dans le rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat Maury Pasquier (12.3966) « Santé maternelle et infantile des populations migrantes ». La CTA a pu compter sur l'appui de l'Office fédéral de la santé publique pour lancer un projet se proposant de sensibiliser les acteurs sur place. Enfin, la CTA a adopté le concept en vue de la mise en œuvre du troisième Dialogue, « Au quotidien : Parler ensemble, agir ensemble ». Les stratégies d'encouragement de la cohésion sociale sont légion en Suisse. Or il ressort que ces projets ont des difficultés à émerger, car on les qualifie souvent d'inefficaces. La CTA entend montrer leur utilité. Il faut, d'une part, expliciter leur sens, d'autre part, faire connaître les projets existants et faire en sorte que la valeur de ce travail (souvent non rémunéré) soit reconnue publiquement.

Secrétariat de la Conférence suisse des délégués à l'intégration (CDI)

Depuis 2006, le Secrétariat CdC gère sur mandat le Secrétariat de la Conférence suisse des délégués cantonaux, communaux et régionaux à l'intégration (CDI). Le Secrétariat a assuré en amont et en aval l'organisation de trois Assemblées CDI nationales, de trois séances du comité et d'une journée d'études du comité. Il a également participé à 10 réunions de groupes régionaux, qui ont permis de faire circuler l'information entre les différentes régions du pays. Les temps forts thématiques ont été les Dialogues CTA. La CDI a aussi entrepris un remaniement de ses statuts. Les délégués à l'intégration ont élaboré des positions sur les projets en consultation relatifs à la modification de la loi sur les étrangers (LEtr), à l'ordonnance sur la formation professionnelle et à l'ordonnance sur la nationalité. Le Secrétariat a aussi participé activement à plusieurs colloques et rencontres.

03

3 Comptes

Il s'agit d'une présentation succincte. Le rapport de révision a examiné les comptes dans leur intégralité.

Comptes 2015 (révisés)

	Comptes 2015	Budget 2015	Comptes 2014
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CTA Confédération et communes	310'628.75	317'000	307'496.15
Autres produits	11'890.82	0	10'249.75
Total produits	3'618'519.57	3'613'000	3'613'745.90
Personnel / Frais accessoires	2'773'606.51	2'906'000	2'745'807.24
Charges d'exploitation	369'718.98	423'000	381'447.84
Groupes de travail / Projets	332'457.75	335'000	233'377.93
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	140'628.75	150'000	139'896.20
Total charges	3'616'411.99	3'814'000	3'500'529.21
Excédent de produits	2'107.58	0	113'216.69
Excédent de charges	0	201'000	0
Créance des cantons 31.12.2015	1'178'206.16		

Les comptes 2015 de la CdC bouclent sur un excédent de produits de CHF 2'107.58, porté au crédit des cantons, conformément à la clé de financement, et affichent des charges de CHF 3'616'411.99 (contributions cantonales : CHF 3'296'000.00), La créance des cantons s'élève donc à CHF 1'178'206.16.

Le Contrôle des finances du canton de Soleure a assuré la révision des comptes annuels le 14 avril 2016. Le rapport de l'organe de révision se trouve à l'annexe 5.

Clé de financement 2015 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

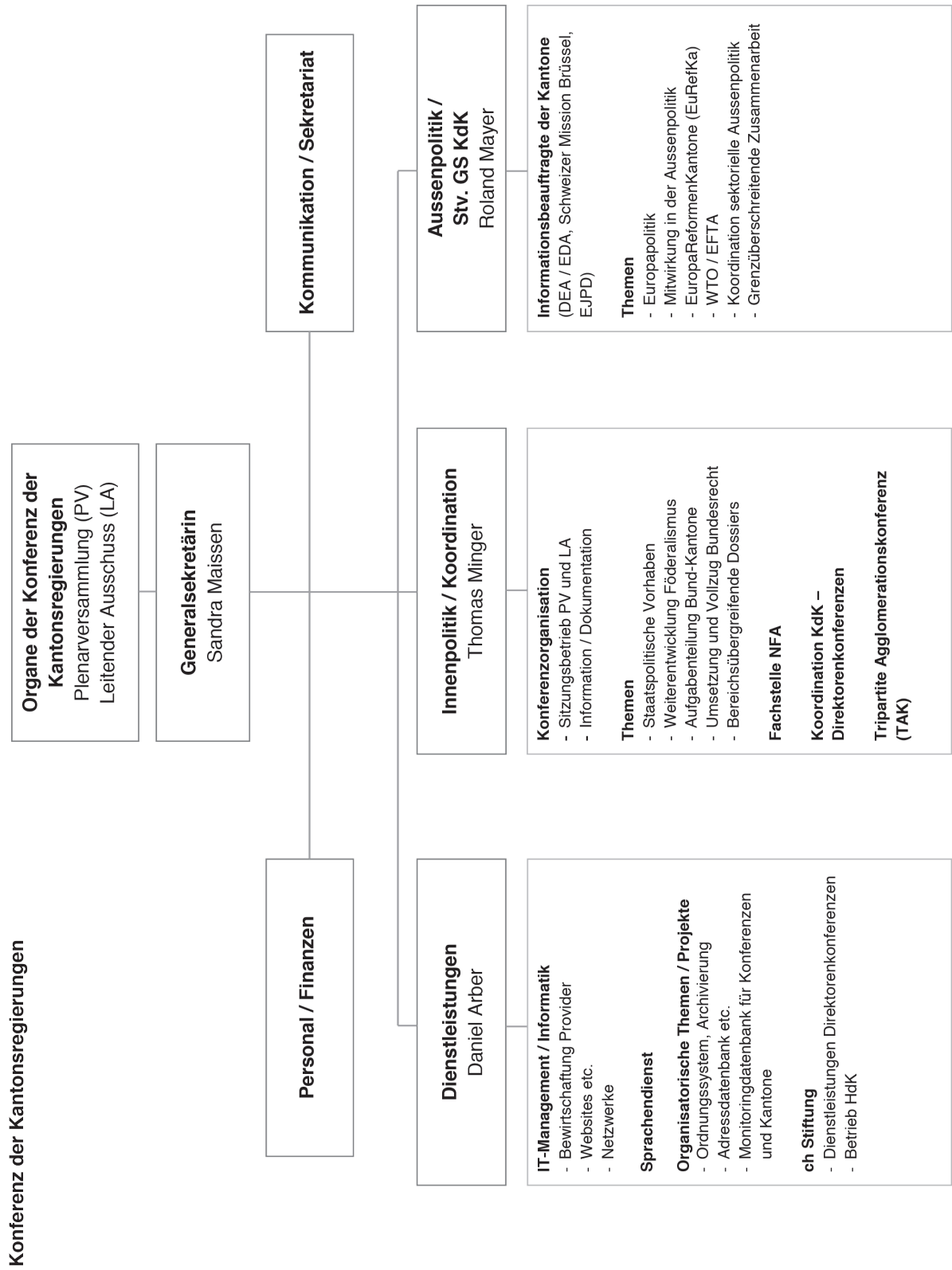
Canton	Population résidente moyenne 2012	Clé 2012	Contributions cantonales 2015
Aargau	622'819.0	7.79%	256'702
Appenzell AR	53'375.5	0.67%	21'999
Appenzell IR	15'730.0	0.20%	6'483
Baselland	275'948.5	3.45%	113'735
Baselstadt	186'840.0	2.34%	77'008
Bern / Berne	988'831.5	12.37%	407'558
Fribourg / Freiburg	288'031.5	3.60%	118'716
Genève	461'817.5	5.77%	190'343
Glarus	39'293.0	0.49%	16'195
Graubünden / Grischun / Grigioni	193'654.0	2.42%	79'817
Jura	70'742.0	0.88%	29'157
Luzern	384'024.0	4.80%	158'280
Neuchâtel	173'868.5	2.17%	71'662
Nidwalden	41'447.5	0.52%	17'083
Obwalden	36'000.0	0.45%	14'838
St. Gallen	485'108.0	6.07%	199'943
Schaffhausen	77'547.0	0.97%	31'962
Schwyz	148'867.0	1.86%	61'357
Solothurn	258'136.5	3.23%	106'394
Thurgau	254'093.0	3.18%	104'727
Ticino	339'297.5	4.24%	139'845
Uri	35'537.5	0.44%	14'647
Valais / Wallis	319'377.0	3.99%	131'635
Vaud	730'150.0	9.13%	300'940
Zug	115'839.5	1.45%	47'745
Zürich	1'400'485.5	17.51%	577'227
			2
Total	7'996'861.0	100.00%	3'296'000

Nombre d'habitant-e-s selon population Office fédéral de la statistique

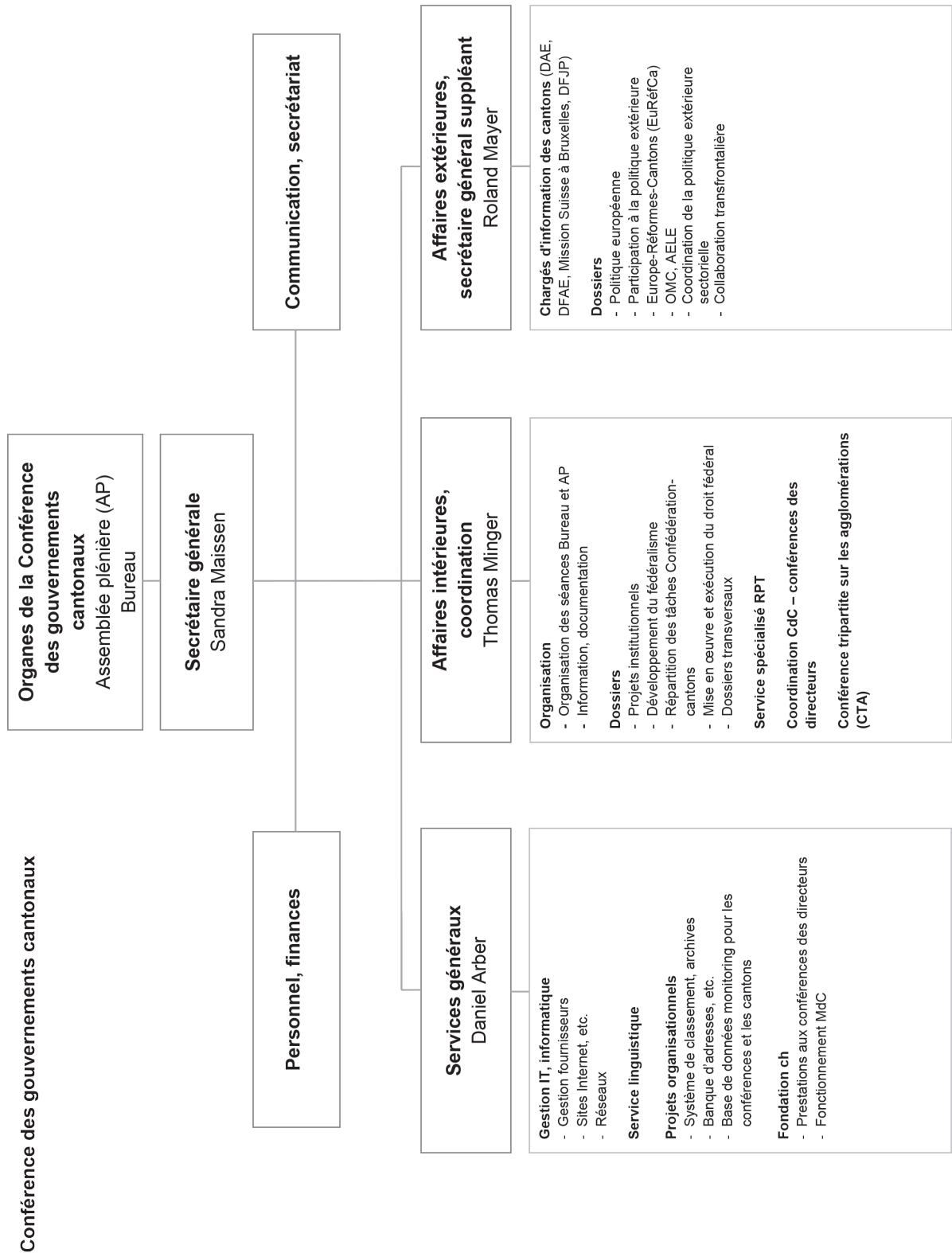
Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2015)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2015)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2015)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2015)
Anhang 4	Sitzungsdaten
Annexe 4	Dates de séance
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1: Organigramm KdK



Annexe 1 : Organigramme CdC



Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2015)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2015)

Politische Kommissionen / Commissions politiques (per / au 31.12.2015)

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz /

Présidence : Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

Mitglieder /

Membres : Josef Dittli, Regierungsrat, Finanzdirektion, UR
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Erwin Jutzet, président du Conseil d'État, Direction de la sécurité et de la justice, FR
Hans-Jürg Käser, Regierungspräsident, Polizei- und Militärdirektion, BE
Guy Morin, Regierungspräsident, Präsidentialdepartement, BS
Christian Rathgeb, Regierungsrat, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, GR
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg
Markus Notter, alt Regierungsrat, ZH
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Sekretariat /

Secrétariat : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPd, KdK

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

Présidence : François Longchamp, président du Conseil d'État, Département présidentiel, GE

Mitglieder /

Membres : Elisabeth Baume-Schneider, ministre, Département de la Formation, de la Culture et des Sports, JU
Andrea Bettiga, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, GL
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
Fredy Fässler, Regierungsrat, Sicherheits- und Justizdepartement, SG
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Mario Fehr, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH
Susanne Hochuli, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG
Hans-Jürg Käser, Regierungspräsident, Polizei- und Militärdirektion, BE
Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Pierre Maudet, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE

Isaac Reber, Regierungspräsident, Sicherheitsdirektion, BL
Andreas Rickenbacher, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, BE
Paul Signer, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR
Beatrice Simon, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE
Silvia Steiner, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG
Carmen Walker Späh, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
Heidi Z'graggen, Landammann, Justizdirektion, UR

Sekretariat /

Secrétariat : Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Kantonale Delegation der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Délégation cantonale de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Vorsitz /

Présidence : Guy Morin, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS

KdK-Delegation /

Délégation CdC : Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Marie Garnier, conseillère d'État, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, FR
Norman Gobbi, presidente Consiglio di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Jon Domenic Parolini, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR
Stefan Sutter, Regierungsrat, Bau- und Umweltdepartement, AI
Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin, Direktion des Innern, ZG
[vakant / vacant] Vertretung Westschweiz

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Mitglieder /

Membres : Claudius Graf-Schelling, alt Regierungsrat, TG
Beat Husi, Staatsschreiber, ZH
Claude Lässer, alt Staatsrat, FR
Philippe Receveur, alt Regierungsrat, JU
Wilhelm Schnyder, alt Staatsrat, VS
Markus Züst, Regierungsrat, UR

Sekretariat /

Secrétariat : Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Christian Gobat, Beauftragter NFA, KdK

Politische Arbeitsgruppe der Kantone „Finanzausgleich“

Groupe de travail politique des cantons « péréquation financière »

Vorsitz /

Présidence : Franz Marty, alt Regierungsrat, SZ

Mitglieder /

Membres : Serge Dal Busco, conseiller d'État, Département des finances, GE
Martin Gehrer, Regierungsrat, Finanzdepartement, SG
Peter Hegglin, Regierungsrat, Finanzdirektion, ZG
Barbara Janom Steiner, Regierungsrätin, Departement für Finanzen und Gemeinden, GR
Ernst Stocker, Regierungspräsident, Finanzdirektion, ZH
Maurice Tornay, conseiller d'État, Département des finances et des institutions, VS

Sekretariat /

Secrétariat : Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Christian Gobat, Beauftragter NFA, KdK
Thomas Minger, Leiter Bereich Innenpolitik, KdK
Peter Mischler, stv. Generalsekretär, FDK

Arbeitsgruppen / Groupes de travail (per / au 31.12.2015)

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Susanne Hochuli**, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Carmen Walker Späh**, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Andreas Rickenbacher**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, BE

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Beatrice Simon**, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Elisabeth Baume-Schneider**, ministre, Département de la Formation, de la Culture et des Sports, JU

Horizontale Arbeitsgruppe Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail horizontal (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Hans-Jürg Käser**, Regierungspräsident, Polizei- und Militärdirektion, BE
 Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG, stv. Vorsitzender

Arbeitsgruppe Polizeizusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération policière (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Beat Villiger**, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG

Arbeitsgruppe Migration und Asyl der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Migration et asile (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Philippe Leuba**, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

Arbeitsgruppe justizielle Zusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération judiciaire (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Paul Signer**, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR

Arbeitsgruppe Grenze der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Frontières (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Fredy Fässler**, Regierungsrat, Sicherheits- und Justizdepartement, SG

Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Protection des données (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Christoph Neuhaus**, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz /
Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique

Vorsitz /
Présidence : **Roland Mayer**, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /
Présidence : **Roland Mayer**, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Innenpolitik; Koordination / Politique intérieure ; coordination

Interkantonaler Stab „Zuwanderung, Migration und Integration“ (ZMI)
État-major intercantonal Immigration, migration et intégration (ZMI)

Vorsitz /
Présidence : **Sandra Maissen**, Generalsekretärin, KdK

Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht
Groupe de travail « Mise en œuvre du droit fédéral »

Vorsitz /
Présidence : **Christian Schuhmacher**, Leiter Rechtsabteilung, Gesundheitsdirektion, ZH

Ansprechpersonen der kantonalen TAK-Delegation
Personnes de contact pour la délégation cantonale CTA

Vorsitz /
Présidence : **Markus Ritter**, stv. Generalsekretär, Präsidialdepartement, BS

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)
Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz /

Présidence : Roger Bisig, Sekretär, Landwirtschaftsdirektorenkonferenz

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)

Organe directeur Maison des cantons (OD MdC)

Vorsitz /

Présidence : Christoph Niederberger, Generalsekretär, Konferenz der Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2015)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2015)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:

<http://www.kdk.ch/de/delegationen>

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/delegations>

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Assemblée des Régions d'Europe (ARE)

Vorsitz /

Présidence : **Hande Özsan Bozatli**, Istanbul, Türkei

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Mario Fehr**, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH
Maurice Ropraz, Conseiller d'État, Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, FR

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz /

Présidence : **Herwig Van Staa**, Landtagspräsident Tirol, Österreich

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **Mario Fehr**, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH
Beat Vonlanthen, Président du Conseil d'État, Direction de l'économie et de l'emploi, FR
Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL (Vize-Präsident VRE)

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz
Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz /

présidence: **Ueli Maurer**, Bundesrat, Eidgenössisches Finanzdepartement

KdK-Delegation /

Délégation CdC:

Rainer Gonzenbacher, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG

Pierre Maudet, Conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE

Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)
Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz /

Présidence :

Stéphane Rossini, alt Nationalrat, VS

KdK-Delegation /

Délégation CdC :

Peter Gomm, Regierungsrat, Departement des Innern, SO

Anton Lauper, Regierungspräsident, Departement für Finanzen und Soziales, BL

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)
Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz /

Présidence :

Hermann Bürgi, alt Ständerat/Regierungsrat, Rechtsanwalt, TG

KdK-Delegation /

Délégation CdC :

Erwin Jutzet, Président du Conseil d'État, Direction de la sécurité et de la justice, FR

Anhang 4: Sitzungsdaten

Annexe 4 : Dates de séance

Sitzungen der Organe der KdK

Séances des organes de la CdC

5.–6.02.2015	Leitender Ausschuss (Brüssel) / <i>Bureau (Bruxelles)</i>
20.03.2015	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
08.05.2015	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
19.06.2015	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
28.08.2015	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
25.09.2015	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
13.11.2015	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
18.12.2015	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

Medienkonferenzen

Conférences de presse

19.06.2015	Umsetzung 121a BV – KdK-Stellungnahme zur AuG-Revision / <i>Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. ; prise de position CdC sur la révision de LEtr</i>
------------	---

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Séances des commissions politiques et des groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

14.01.2015	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
15.01.2015	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / <i>État-major Immigration, migration et intégration</i>
23.01.2015	Europakommission / <i>Commission Europe</i>
29./30.01.2015	Präsidiumsklausur KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs</i>
27.03.2015	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / <i>État-major Immigration, migration et intégration</i>
31.03.2015	Begleitgruppe NFA / <i>Groupe de suivi RPT</i>
22.04.2015	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
24.04.2015	Begleitgruppe NFA / <i>Groupe de suivi RPT</i>
28.04.2015	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions C/C</i>
12.05.2015	Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
26.05.2015	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
26.06.2015	Kantonale TAK-Delegation / <i>Délégation CTA cantonale</i>

19.08.2015	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
02.09.2015	Ausschuss Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Comité du groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
01.10.2015	Präsidiumssitzung KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Séance des présidents CdC – Conférences des directeurs</i>
16.10.2015	Europakommission / <i>Commission Europe</i>
20.10.2015	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
21.10.2015	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
12.11.2015	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / <i>État-major Immigration, migration et intégration</i>
19.11.2015	Kantonale TAK-Delegation / <i>Délégation CTA cantonale</i>
01.12.2015	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen / <i>Groupe de travail Questions financières et fiscales</i>
04.12.2015	Politische Arbeitsgruppe der Kantone „Finanzausgleich“ / <i>Groupe de travail politique des cantons Péréquation financière</i>

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone

Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

16.01.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>
28.01.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
18.02.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>
20.02.2015	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / <i>Comité de pilotage Cyberadministration Suisse</i>
09.03.2015	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
17.03.2015	Expertengruppe Umsetzung Art. 121a BV / <i>Groupe d'experts Mise en œuvre art. 121a Cst.</i>
20.03.2015	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération – cantons</i>
08.04.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>
22.04.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
06.05.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>
08.05.2015	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
04.06.2015	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe de suivi Programmes d'intégration cantonaux</i>
08.06.2015	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
23.06.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
01.07.2015	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / <i>Comité de pilotage Cyberadministration Suisse</i>
11.08.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>
17.08.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
26.08.2015	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / <i>Comité de pilotage Cyberadministration Suisse</i>
07.09.2015	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
21.09.2015	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
07.10.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
21.10.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>
26.20.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>

13.11.2015	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération – cantons</i>
30.11.2015	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
07.12.2015	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
11.12.2015	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / <i>Comité de pilotage Cyberadministration Suisse</i>
11.12.2015	Interföderale Arbeitsgruppe E-Government Schweiz / <i>Groupe de travail interfédéral Cyberadministration Suisse</i>

Sitzungen im Rahmen der Mandate

Séances en lien avec les mandats

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

26.01.2015	Integrationsdialog Arbeiten – politische Zwischenbilanz / <i>Dialogue sur l'intégration « Au travail » - bilan politique intermédiaire</i>
06.02.2015	Projektleitung Übersicht über die in den Agglomerationen aktuell gelebte Zusammenarbeit / <i>Direction de projet « Aperçu de la collaboration telle qu'elle est vécue aujourd'hui dans les agglomérations »</i>
16.02.2015	Tripartite Ad-hoc-Arbeitsgruppe Unterstützung des Abstimmungs- und Koordinationsprozesses NAF / <i>Groupe de travail tripartite Soutien au processus d'harmonisation et de coordination FORTA</i>
10.03.2015	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
17.03.2015	Tripartite Ad-hoc-Arbeitsgruppe Unterstützung des Abstimmungs- und Koordinationsprozesses NAF / <i>Groupe de travail tripartite Soutien au processus d'harmonisation et de coordination FORTA</i>
07.04.2015	Tripartite Ad-hoc-Arbeitsgruppe Unterstützung des Abstimmungs- und Koordinationsprozesses NAF / <i>Groupe de travail tripartite Soutien au processus d'harmonisation et de coordination FORTA</i>
08.04.2015	Integrationsdialog Aufwachen – technische Zwischenbilanz / <i>Dialogue sur l'intégration Dès la naissance – bilan technique intermédiaire</i>
06.05.2015	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
26.06.2015	Tripartite Agglomerationskonferenz / <i>Conférence tripartite sur les agglomérations</i>
20.08.2015	Projektleitung Übersicht über die in den Agglomerationen aktuell gelebte Zusammenarbeit / <i>Direction de projet « Aperçu de la collaboration telle qu'elle est vécue aujourd'hui dans les agglomérations »</i>
25.08.2015	Projektleitung Integrationsdialog / <i>Direction de projet Dialogue sur l'intégration</i>
16.09.2015	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
04.11.2015	Politisches Treffen zum Einbezug des ländlichen Raums in die tripartite Zusammenarbeit / <i>Rencontre politique sur l'association de l'espace rural à la collaboration tripartite</i>
19.11.2015	Tripartite Agglomerationskonferenz / <i>Conférence tripartite sur les agglomérations</i>

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

22.01.2015	Retraite KID-Vorstand / <i>Retraite Comité CDI</i>
11.02.2015	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
4./5.04.2015	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
20.05.2015	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
24.06.2015	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
22.09.2015	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
11.11.2015	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 08
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

**Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
an die Plenarversammlung der
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)**

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Kostenverteiler) der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), als Teilrechnung der ch Stiftung, für das am 31.12.2015 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

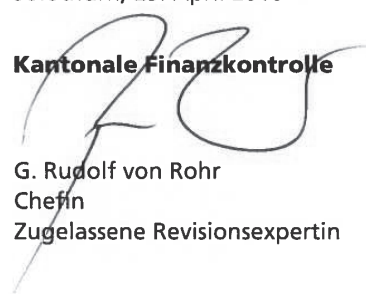
Für die Jahresrechnung ist die Plenarversammlung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

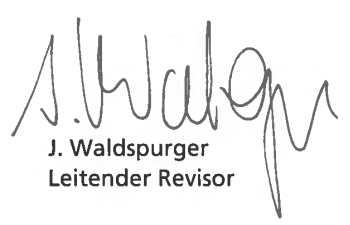
Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Teilrechnung nicht Gesetz entspricht.

Solothurn, 25. April 2016

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


J. Waldspurger
Leitender Revisor

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch